Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrirten Sonntagsbeilage: „Die Neue Welt“.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich 3,10 M., pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6624.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 56. | Breslau, Sonntag, 6. März 1892. | 3. Jahrgang.

Liberales Komödiantentum.

Wenn man den heutigen Liberalen den Vorwurf macht, daß ihre zur Schau getragene sittliche Entrüstung wegen des preußischen Schulgesetz-Entwurfes ihrem innersten Wesen nach nur Komödie sei — und zwar die Fortsetzung eines längst begonnenen Spieles — dann muß man zwar darauf gefaßt sein, einige Grobheiten in den Kauf zu nehmen, aber man soll sich dann auch nicht verhindern lassen, die falschen Spieler mit festem Griff zu demaskiren.

Was hat der deutsche Liberalismus in mehr als einem halben Jahrhundert für eine gründliche Umgestaltung des gesammten Schul- und Unterrichtswesens getan?

Nichts. —

Was verhindert ihn hauptsächlich daran!

Seine kapitalistischen Tendenzen, seine Klasseninteressen.

Was hat er für die Hebung der preußischen Elementarschule geleistet?

Auch in der Zeit einer gewissen politischen Macht, als er die Majoritätsparteien im Lande organisirt hatte, trug er nach Kräften dazu bei, daß die Elementarschule zur proletarischen und stellenweise zur vollständigen Armenschule herabgedrückt wurde.

In vielen Gemeinden hatte der Liberalismus Jahrzehnte lang das Heft in Händen, aber er gewährte weder der sogenannten Volksschule noch auch ihren Lehrern etwas ausreichendes.

Höhere Gehaltssätze versprach er den Lehrern bei Gelegenheit der Wahlen. Gehalten hat er nichts davon, er fühlte sich sehr befriedigt, wenn die Lehrerschaft ihm eine Art Troßbubendienste geleistet. Und doch verhinderte ihn weder die Verfassung noch irgend ein Spezialgesetz das Versprochene ehrlich zu halten. Ebensowenig wie für die Lehrer trat er mit der Tat für die hungernden Witwen und Waisen der Lehrerschaft ein. Dagegen war es ihm ein wolfeiles Vergnügen, sich bei Gelegenheit des konservativen Ausspruches: „Man zeige uns eine verhungerte Lehrerwitwe!“ in schöner männlicher Entrüstung zu präsentiren.

Ohne tüchtige Lehrer keine leistungsfähige Schule.

Welche Versuche hat der Liberalismus in nunmehr fünfzig Jahren aufzuweisen, daß er bestrebt gewesen wäre, für eine gediegene Vorbildung der Lehrer einzutreten? Keine. — Fehlte es ihm an Mitteln? Nein. — Und doch hat er nicht eine einzige tüchtige Präparandenanstalt, nicht ein einziges Privat-Seminar, die den von ihm bekrittelten und umnörgelten Staatsseminaren als Musteranstalten hätten entgegengestellt werden können, begründet.

Und was geschah unter dem liberalen Regiment in den Gemeinden für die Fortbildung der Lehrer durch Bibliotheken? Blitzwenig! —

Schöne liberale Phrasen vor den Augen des Lehrers, aber bewarb er sich um eine besser dotirte Stellung, dann wurde ihm der unwissendste „Literat“ vorgezogen.

Dazu fehlten in den „liberal“ regierten Gemeinden die notwendigsten Lehr- und Anschauungsmittel ebenso sehr, wie in den konservativen.

Auch die Forderung der fachmännischen Aufsicht für die Schulen blieb auch da, wo der Liberalismus zu gebieten hatte, eine leere Redensart.

Nur in den Wahlreden und bei ähnlichen schönen Gelegenheiten wurde gegen die Geistlichkeit in der Schule gedonnert und einiger Sand in die Augen des verehrten Publikums und der Lehrer gestreut. Ja, fachverständige Beaufsichtigung! Und dennoch haben die meisten liberalen Gemeinden, die es sich nur irgend leisten könnten, einen Philologen oder noch lieber einen Teologen an die Spitze ihres Schulwesens gestellt. Große, durch ihre „Freisinnigkeit“ bekannte Städte stellten als Rektoren, Direktoren oder Schulräte ehemalige Teologen an, die von dem modernen Geist der Schule so wenig als denkbar begriffen haben.

Das sind dann Leute, wie z. B. der Schulrat Bertram in Berlin — und in Breslau und anderen Großstädten dürfte es ihm nicht an würdigen Kollegen fehlen — die dann den hohen liberalen Standpunkt vertreten:

„Das Band zwischen Volksschule und Kirche ist gewoben von Gottes Hand.“

Dazu sagen dann natürlich die Regierungs-Schulräte, wir erinnern nur an den schlesischen Grüß-Gott-Schulrat, Herrn Eismann, für Schlesien, freudig Ja und Amen. —

Fachmännisch! Und doch kommen auf 1000 fortschrittliche städtische Schuldeputationen keine 10 in ganz Preußen, in denen Volksschullehrer Sitz und Stimme hatten. — Dafür steckten in der Mannheimer „demokratischen“ (volksparteilichen?) Schulkommission nicht weniger als vier Geistliche zu gleicher Zeit.

Fortschrittlich! Der politische Fortschritt stemmte sich sogar der Einführung der Unentgeltlichkeit des Unterrichts entgegen; wo dies vergebens, gelang es ihm zuweilen, die bei Schülern, Eltern und Lehrern verhaßten wirklichen Armenschulen ausdrücklich einzuführen.

Worte sind wolfeiler als Taten.

Vor allen Angriffen flüchtete der Liberalismus lange Zeit hinter die bereit stehenden Koulissen des kommenden Unterrichtsgesetzes. Damit wurden alle ungeduldigen Frager vertröstet.

Vertrauen.

Motto: „Vertraue Dich dem Licht der Sterne?!?“

Vertraue Dich den Sternen nicht, den kalten,
Die, ehern lächelnd, spenden Dir ihr Licht;
Vertrau dem Salbungston der Priester nicht
Die für die Götter stolz das All verwalten.

Vertraue nicht der Welt, der morschen, alten,
Die unter eignem Riesenschuldgewicht
Vorm nächsten Lenzeshauch zusammenbricht
Im Prassen, Beten, Cancan, Händefalten.

Doch trau dem Geist, der Dir im Busen wohnt,
Wenn Dir die Seele übermächtig schwillt, —
Weil sie im ewgen Reich des Schönen tront,

Wo strahlend nur das Wahre, Höchste gilt —
Und da dies Reich licht glänzt aus Deinem Blick,
Trau fest dem innern Stern, dem innern Glück! —

Die Sängerin.

Erzählung von Wilhelm Hauff.

(Fortsetzung.)

Der Sängerin sowol wie dem Doktor war es nicht entgangen, daß ein langer, hagerer Türke (man hieß in B. sein Kostüm den Ali Bassa) sich immer in ihre Nähe dränge, und so oft der Strom der Masken ihn wegriß, immer war er ihnen wieder zur Seite. Die Sängerin stieß den Doktor an und winkte mit den Augen nach dem Pascha hin. Er erwiderte ihren Wink und sagte: „Ich habe ihn schon lange bemerkt“. Der Pascha näherte sich mit ungewissen Schritten, die Sängerin klammerte sich fester an Langes Arm: er war jetzt ganz nahe, starre, graue Aeuglein guckten aus der Maske, und eine hohle Stimme sprach zu ihr: „Es freut mich unendlich, wertgeschätzte Mamsell, Sie in so erwünschtem Wolsein zu sehen“. Die Sängerin wandte sich erschreckt ab und schien zu zittern; auch die Maske fuhr bei diesem Anblick bebend zurück und verschwand unter der Menge. „Ist er es?“ rief der Medizinalrat. „Fassen Sie sich doch; es gilt hier, ruhig und mit Umsicht zu handeln; glauben Sie, er ist es?“ „Noch weiß ich es nicht gewiß“, entgegnete sie; „aber ich glaube seine Augen zu erkennen.“

Der Medizinalrat gab den vier Dominos die Weisung, recht genau auf diesen Pascha acht zu geben, und ging mit der Dame weiter. Aber kaum hatte er einige Gänge durch den Saal gemacht, so erschien der Türke wieder; doch hielt er sich mehr in der Entfernung, als beobachtete er die Sängerin.

Der Doktor trat mit seiner Dame an ein Büffet, um ihr auf den gehabten Schrecken eine Tasse Tee zu verordnen; er sah sich um — auch hier wieder der Türke. Und siehe da, jetzt hatte er auf einem Tellerlein ein Glas Punsch und einige Bonbons; er nähert sich der Sängerin, seine Augen funkeln, das Glas hüpft und klappert in seltsamen Klängen auf dem zitternden Teller; er ist an ihrer Seite, er bietet ihr den Teller und sagt: „Verehrte, beliebt Ihnen nicht etwas weniges Punsch und etliche Bonbons?“ Die Sängerin sah ihn starr an, sie erbleichte, sie stieß den Teller zurück und rief: „Ha, der Schreckliche! Er ist's, er ist's, er will mich vergiften!“

Der Pascha von Janina stand stumm und regungslos, er schien jeden Gedanken an Verteidigung aufzugeben; willenlos ließ er sich von den vier handfesten Dominos hinwegführen.

Beinahe in demselben Augenblick wurde der Doktor heftig an seinem schwarzen Mantel gezogen: er sah sich um, jener kleine verwachsene Lohnlakai aus dem Hotel de Portugal stand vor ihm, bleich und von Schrecken entstellt: „Um Gottes Barmherzigkeit willen, Herr Medizinalrat, kommen Sie doch gefälligst mit mir auf Nr. 53, eben will der Teufel den französischen Herrn holen“.

„Was schwatzt Er da?“ sagte der Doktor unwillig und wollte ihn auf die Seite schieben, um dem Gefangenen auf die Polizeidirektion zu folgen. „Was geht es mich an, wenn ihn der Satan zu sich nimmt?“

„Aber ich bitte Sie“, rief der Kleine beinahe heulend, „er kann vielleicht doch gerettet werden; Hochdieselben sind ja Stadtphysikus allhier und verpflichtet, zu den Fremden in den Hotellern zu kommen.“

Der Medizinalrat unterdrückte einen Fluch, der ihm auf der Zunge schwebte; er sah, daß er diesem unangenehmen Gang nicht ausweichen könne, er winkte den Kapellmeister Boloni herbei, übergab ihm die

Aber das ist Heuchelei und Verlogenheit, ihr Liberalen, ihr hättet schon früher etwas wirken sollen.

Ja, so ist es: Das ganze Stück, das ihr bis zum heutigen Tage gespielt habt, ihr Freisinnigen und Kompagnie, es ist eine jämmerliche Komödie, in welcher eure Parteien ein allerdings ungewöhnliches Talent für politische Spiegelfechterei bewiesen haben. Ihr seid nicht Politiker, ihr seid geschminkte, maskirte und aufgestutzte Komödianten. Darum wird Euch das ganze Volk auspfeifen müssen trotz eurer schönen Stellungen und Gesten — wie euch das arbeitende Volk bereits ausgepfiffen hat; denn es hat euch erkannt.

Wer sollte Vertrauen haben zu diesem Liberalismus auf schulpolitischem Gebiete, wenn es in Kassel bei der „Hessischen Morgenzeitung", einer „entschieden liberalen" Zeitschrift, vorkam, daß sie in Schulsachen einen Herrn von der Regierung als Vertrauensmann hatte, der oppositionelle Aufsätze aus Lehrerkreisen vor dem Erscheinen in die Hand bekam.

Ein anderer „böser Fall" ist der folgende, den Eduard Sack, ein ebenso gewissenhafter, wie unerschrockener Streiter auf politisch-pädagogischem Gebiete, erzählt.

Er berichtete aus den siebenziger Jahren wie folgt: „Der Magistrat von Breslau, an dessen Spitze der „freisinnige" Oberbürgermeister Forckenbeck steht, begnügt sich nicht mit den amtlichen Zeugnissen, welche die Lehrer, die sich um eine Anstellung in Breslau bewarben, ihm vorlegten. Er wendet sich privatim an die Vorgesetzten dieser Lehrer und bittet um allerlei vertrauliche Mitteilungen über die Bewerber. Man kann sich leicht denken, was bei solchen und anderen Uebergriffen der Behörden auch freisinniger Gemeinden herauskommt."

Auch Roßmäßler kannte seine liberalen Pappenheimer in der Schulfrage, wenn er vor ihnen unumwunden erklärte, daß die Fortschrittspartei eine schwere Unterlassungssünde an der Humanität beginge, da sie sich um die Volksbildung — im ganzen Umfange des Wortes — nicht kümmere. Sie scheine blind zu sein u. s. w.

Auch auf den allgemeinen deutschen Lehrertagen wurde diese Unterlassungssünde des Liberalismus wiederholt gerügt; pädagogische Zeitschriften erklärten den „Liberalismus für geistig bankerott, da er der Sklave des Großkapitals geworden sei".

Daß Männer wie Sack und Robert Seidel die fadenscheinige liberale Schulpolitik verwerfen, ist bekannt, aber auch ein Mann von der Bedeutung Diesterweg's, der im Mittelpunkt der Fortschrittspartei lange genug gestanden, um sie beurteilen zu können, kam zu keinem andern Resultat. Er erzählte in schmerzlicher Ergriffenheit von den liberalen Helden des preußischen Abgeordnetenhauses das Nachstehende:

„Sehen Sie, da bemühe ich mich, Possen zu reißen, um die „Heiterkeit des hohen Hauses" zu erregen. So nur gelang es mir, die Gesetzgeber zur Aufmerksamkeit zu nötigen; es kamen sogar die Herren aus den Restaurationsräumen herbei — sie verließen ihre Zigarren und ihren Trunk, aber erst, wenn sie wiederholtes Gelächter vernahmen, — auch die Herren von der Fortschrittspartei." Und im unüberwindlichen Ekel vor dem ganzen liberalen Komödiantentum rief er: „Geschwätz, Geschwätz, nichts als Geschwätz und — böser Wille!" —

Und die letzten Petitions- und Entrüstungs-Tage haben an der inneren Haltung der Freisinnigen und Nationalliberalen auch nicht das Mindeste geändert: Es ist halt die alte Komödie die — zwar langweilig geworden — aber doch noch anno 1892 fortgespielt wird. Der Liberalismus wirft sich löwenkühn wie Posa in die Brust — um im nächsten Moment in höfischer Loyalität, engbrüstigem Patriotismus und den erhabensten Religionsbeklemmungen zu ersterben.

Posa, Du bist im Grunde doch nur ein ganz mittelmäßiger Gaukler bei einer schlechten Schmiere; denn Du willst nur die Freiheit für Dich selbst und die Sorte von „Gleichheit", die auf Grund der kapitalistischen, also der besten Gesellschaftsordnung unter dem Monde, möglich ist.

Trolle Dich also, alter Bursche, und langweile uns nicht! —

Sozialpolitische Rundschau.

Deutschland.

— Daß zur Erinnerung an ihr fünfundzwanzigjähriges Rückwärtskonzentriren die verwesende nationalliberale Partei keine, gar keine Ursache hat zu jubeln und Jubiläum zu feiern, ergiebt sich aus folgenden Erinnerungen. In ihrem Programm vom 17. Juni 1867 heißt es:

Uns beseelt und vereinigt der Gedanke, daß die nationale Einheit nicht ohne die volle Befriedigung der liberalen Ansprüche des Volkes erreicht und dauernd erhalten werden kann... Einen monarchischen Bundesstaat mit den Bedingungen des konstitutionellen Rechts in Einklang zu bringen, ist eine schwere Aufgabe; die Verfassung des norddeutschen Bundes hat sie weder vollständig im Umfange, noch in endgiltig befriedigender Weise gelöst... Wie unsere Partei im Entstehen zu bessern bemüht war, so wird sie ununterbrochen und schon im nächsten Reichstag darauf hinarbeiten, die Verfassung in sich auszubauen . . . Das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht ist unter unserer Mitwirkung zur Grundlage des öffentlichen Lebens gemacht. Wir verhehlen uns nicht die Gefahren, welche es mit sich bringt, so lange Preßfreiheit, Versammlungs- und Vereinsrecht polizeilich verkümmert sind . . . . die Wahlen bureaukratischen Einwirkungen unterworfen sind, zumal da die Versagung der Diäten die Wählbarkeit beschränkt. . . . Nach dem Beispiele der preußischen Verfassung haben die entsprechenden Unvollkommenheiten in die Reichsverfassung Eingang gefunden. Auf beiden Gebieten sind nunmehr gleichzeitig und regelmäßig die wesentlichen Forderungen zu erstreben, welche die allein sichere Grundlage des öffentlichen Rechts gewähren. Namentlich und vor allem ist das Budgetrecht zu vervollständigen, damit der Volksvertretung der volle Einfluß auf die Staatsgeschäfte zufalle. Nicht minder dringend sind Gesetze, welche eine wirksame Verantwortlichkeit für die Minister und alle Beamte herbeiführen, auf der juristischen Grundlage daß jedermann für seine Handlungen einzustehen habe. . . . Nach wie vor verlangen wir die Ausführung der in der Verfassung verheißenen Gesetze und die Reform des Herrenhauses als Vorbedingung aller Reformen.

Eine zweite Kundgebung folgte am 18. Oktober 1867, ein Wahlaufruf für die damals ausgeschriebenen Landtagswahlen. Darin heißt es u. a.:

Das beschränkte Klassen-Wahlsystem hat sich überlebt, und der nächste Landtag wird zu prüfen haben, in welcher Weise und unter was für Voraussetzungen der Uebergang zum allgemeinen Stimmrecht zu bereiten ist.

Ein Vierteljahrhundert ist seitdem verflossen, die national-liberale Partei hat fast die Hälfte dieser Zeit im Reiche wie in Preußen parlamentarisch eine herrschende Stellung eingenommen. Wie hat sie der Befriedigung des Freiheitssinns gedient, wie hat sie ihr Programm vertreten und zur Erfüllung gebracht? Ist die Verfassung ausgebaut worden, die das Reich 1867 erhalten hatte? Ist das allgemeine gleiche Wahlrecht gegen die Verkümmerungen, die es durch ein reaktionäres Versammlungs- und Vereinsgesetz erleidet, gesichert, ist die Beschränkung der Wählbarkeit, die in der Versagung der Diäten liegt, beseitigt worden? Hat das unvollständige Budgetrecht irgend eine Vervollständigung erfahren, ist der Weg zu den Reformen durch die notwendige Vorbedingung, durch die Reform des Herrenhauses geöffnet worden? Wo sind die Gesetze, die in wirksamer Weise die Minister und alle Beamte für ihre Handlungen verantwortlich machen, wie hat die Partei es mit dem preußischen Klassenwahlsystem gehalten, das sich ihr schon vor 25 Jahren als „überlebt" darstellte? Antworte, lebendiger Leichnam!

Die deutschfreisinnigen Abgeordneten Dr. Barth und Genossen haben zur zweiten Beratung des Reichshaushalts-Etats (Etat für das Auswärtige Amt) den Antrag gestellt:

„Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß bei dem gegenwärtigen friedlichen Einvernehmen mit den auswärtigen Mächten Verhandlungen eingeleitet werden, welche zum Zweck haben, durch Uebereinkunft von Staat zu Staat die Freiheit des Privateigentums zur See in Kriegszeiten zu einem vertragsmäßig anerkannten Grundsatz des Völkerrechts zu erheben."

Die Junker und die Schule. In Mecklenburg, dem Lande der Obotriten, wo der Adel ein Drittel des ganzen Grund und Bodens sein Eigen nennt, wo die Landarbeiter Hörige sind, herrschen patriarchalische Schulzustände. Die von der mecklenburgischen Ritterschaft abhängigen Lehrer befinden sich in einer geradezu schmählichen Lage. Ein Lehrer schildert in der „Mecklenburgischen Schulzeitung" seine Erlebnisse als ritterschaftlicher Schulmeister. Danach hat der Patron innerhalb 14 Jahren den „zweiundzwanzigsten Schulmeister", und das ist weiter kein Wunder, indem die Ritter über ein unbeschränktes Kündigungsrecht verfügen, so daß die Lehrer keine sicherere Existenz haben als Tagelöhner und Knechte. Da das Bareinkommen des Lehrers nur 270 Mk. betrug, so ging er den Patron um Zulage an, welcher dieselbe jedoch von der Verpflichtung abhängig machte, Fische und Vögel zu fangen, Gartenarbeiten zu verrichten u. dergl. m. Will der Lehrer einen Gast beherbergen, so muß er jedesmal um Erlaubnis nachsuchen. Als er einmal während einer Reise des Gutsherrn den Besuch eines nahen Verwandten erhielt, wurde er wegen solcher „Unbotmäßigkeit" auf dem Hofe öffentlich ausgeschimpft. So treiben es die „Edelsten und Besten" nicht blos in Mecklenburg, ihre ostelbischen Gesinnungsverwandten in Preußen und anderswo stehen auf der gleichen Stufe

---

Sängerin und eilte mit dem kleinen Menschen nach dem Hotel de Portugal.

XI.

Es war still und öde in diesem großen Gasthof, Mitternacht war beinahe schon vorüber, die Lampen in den Gängen und Treppen brannten düster und trübe; es war dem Medizinalrat unheimlich zu Mut, als er zu dem einsamen Kranken hinaufstieg. Der Lakai schloß die Türe auf, der Doktor trat ein, wäre aber beinahe wieder zurückgesunken, denn ein Wesen, das seit einigen Tagen unablässig seine Phantasie im Wachen und im Schlafe beschäftigt hatte, saß hier wirklich und verkörpert im Bette. Es war ein großer, hagerer, ältlicher Mann, er hatte eine spitzig aufstehende, wollene Schlafmütze tief in die Stirne gezogen, seine enge Brust, seine langen, dünnen Arme waren mit Flanell überkleidet, unter der Mütze ragte eine große, spitzige Nase aus einem mageren, braungelben Gesicht hervor, das man schon tot und erstorben geglaubt hätte, wären es nicht ein Paar graue, stechende Augen gewesen, die ihm noch etwas Leben und einen schrecklichen, grauenerregenden Ausdruck gaben. Seine langen, dünnen Finger, die mit den hageren Gelenken weit aus den Aermeln hervorragten, hatte er zusammengekrümmt, er kraxte mit heiserem, wahnsinnigem Lachen auf der Bettdecke.

(Fortsetzung folgt.)

Stanislaus Padlewsky.

(Fortsetzung.)

Zu dem Zwecke veranstaltete er jeden Donnerstag Zusammenkünfte, zu welchen stets besondere Einladungen ergingen. Zu einer am 13. November abzuhaltenden Zusammenkunft sollte auch Seliverstoff eingeladen werden und Padlewsky wurde seitens Bernoff's beauftragt, den Einladungsbrief persönlich zu überbringen. Dies geschah, aber Seliverstoff kam nicht. Am Dienstag, den 18. November, wurde Padlewsky abermals mit einer Einladung in das Hotel des Generals geschickt, und Bernoff, der wol die Liebe Seliverstoff's für schöne Frauen kannte, beauftragte ausdrücklich Padlewsky, die Einladung persönlich an den General auszurichten und zu sagen, daß auch eine bestimmte, als Schönheit bekannte Gräfin anwesend sein werde.

Padlewsky traf, wir folgen hier seiner eigenen Erzählung, im Empfangszimmer den einzigen Diener des Polizeimenschen, dem er sein Verlangen, Letzteren selbst zu sehen, ausdrückte. Seliverstoff erschien und nahm, nicht ohne daß er Padlewsky mißtrauisch beobachtet hatte, die Einladung entgegen. Er ließ sich dann in ein Gespräch mit ihm über die Leute ein, die in dem Bernoffschen Klub verkehren, und erkundigte sich besonders auch nach den weiblichen Personen, die daselbst zu finden seien, wobei er in zynischer Weise über das Alter derselben witzelte und hinzufügte: „Ich bin reich genug, mir junge zu leisten."

Nachdem Seliverstoff dann Padlewsky noch einmal aufmerksam betrachtet hatte, lud er ihn ein, mit auf sein Zimmer zu kommen, da er etwas mit ihm zu reden habe. Man durchschritt mehrere Zimmer, und Seliverstoff befahl dem Diener, welcher bisher dem Gespräch beigewohnt hatte, sich zu entfernen.

Padlewsky hatte bis dahin nicht die Absicht gehegt, an diesem Tage den Spitzelgeneral zur Rechenschaft zu ziehen. Da er aber schon früher den Gedanken gehabt, bei passender Gelegenheit seinen Plan, von dem außer ihm Niemand wußte, zu verwirklichen, so hatte er sich auch heute insoweit vorgesehen, als er seinen Revolver in die Tasche gesteckt hatte. Aber jetzt erst, in dem Moment, als er mit Seliverstoff im Zimmer allein war, blitzte ihm der Gedanke auf, die günstige Gelegenheit zu benutzen, und die rächende Tat zu vollziehen.

Seliverstoff hatte sich in einem Stuhl an seinem Schreibtische niedergelassen. Seine erste Frage lautete: „Was verdienen Sie?" Auf die Antwort, daß es sehr wenig sei, wurde weiter gefragt, ob er, Padlewsky, Lust zu einem größeren Einkommen habe. „Das wol," meinte dieser, „aber das hält sehr schwer", worauf der Versucher entgegnete, daß das unter Umständen nicht so schwer sei. Er z. B. sei sehr reich. Er habe über Millionen zu verfügen und sei der mächtigste Mann in Rußland; „mächtiger als der Zar," fügte er prahlend hinzu. Ob Padlewsky schon einmal eine Million gesehen habe?

(Fortsetzung folgt.)

Einen schweren Verlust haben unsere Hamburger Genossen durch den Tod eines ihrer tätigsten Mitkämpfer, des Schriftstellers **Otto Reimer** erlitten. Er schied freiwillig aus dem Leben, indem er den Tod in den Fluten der Alster suchte.

Der Verstorbene war in des Wortes rechter Bedeutung ein Opfer des Sozialistengesetzes. Als die Massenausweisungen seiner Zeit aus Hamburg-Altona erfolgten, ging Reimer, wie so viele Andere, gleichfalls ins Exil nach Amerika. Bei einem unglücklichen Sprung von einem Pferdebahnwagen verletzte er sich so schwer, daß ihm ein Bein ampulirt werden mußte. Durch Sorgen und Entbehrungen wurde seine Gesundheit untergraben. Nach Aufhebunng des Ausnahme-Gesetzes kehrte er mit seiner Familie hierher zurück. Im vorigen Jahre verlor er seine treue Lebensgefährtin, deren Gesundheit in den Entbehrungen des Lebens, unter ungewohnten Verhältnissen gleichfalls zerrüttet worden war. In den letzten Monaten hatte sich bei Reimer ein schweres Ohrenleiden eingestellt infolge eines inneren Geschwürs. Eine schmerzhafte Operation im hiesigen Freimaurer-Krankenhause verschaffte nur vorübergehende Linderung, und sollte er sich jetzt einer zweiten Operation unterwerfen. Der schwer Leidende befürchtete, daß das innere Geschwür auch sein Gehirn angreifen werde und er selber dann dem Irrsinn verfallen würde. Er zog den freiwilligen Tod vor. Reimer hinterläßt hier fünf Kinder; die älteste Tochter ist 15 Jahre alt. Der älteste Sohn ist in New-York als jugendlicher Arbeiter beschäftigt. Otto Reimer vertrat 1874 bis 1876 als Reichstags-Abgeordneter den 9. schleswig-holsteinschen Wahlkreis.

Das „H. Echo" veröffentlicht die näheren Einzelheiten, die das traurige Ereignis veranlaßt haben, wie folgt:

Der Parteigenossenschaft die erschütternde Kunde, daß unser braver Otto Reimer in letzter Nacht freiwillig in den Tod gegangen ist. Er hat einer Dulderlaufbahn ein Ende gemacht, die noch weiter zu durchmessen seine Kraft nicht mehr ausreichte. Seit Monaten siechte er an unheilbarer Krankheit, die ihm die Erfüllung seiner Berufsgeschäfte, denen er immer so musterhaft pflichtgetreu oblag, unmöglich machte. Eine gefahrvolle Operation, der er sich vor einiger Zeit im hiesigen Freimaurer-Krankenhause unterzog, linderte das Leiden nicht. Zwecks Vornahme einer neuen Operation sollte er sich heute wieder dort einfinden. Am Montag Mittag erschien er bei uns in der Redaktion, uns dieses mitzuteilen. Ruhig und gefaßt teilte er uns mit, daß er überzeugt sei, diese Operation nicht zu überstehen. Für den von ihm als sicher vorausgesetzten Fall seines Todes empfahl er seine unmündigen Kinder, die nun verwaist dastehen (die Mutter starb nach langen schweren Leiden vor einigen Monaten), der liebenden Fürsorge der Partei, in erster Linie den Hamburg-Altonaer Genossen. Er nahm uns das, selbstverständlich von Herzen und in tiefster Rührung gegebene Versprechen ab, diesem seinem „letzten Wunsche", wie er sagte, Rechnung zu tragen.

Wol versuchten wir, ihm Mut einzusprechen, neue Hoffnung auf Genesung in ihm zu erwecken! Ach, wir sprachen zu dem Freunde, der bereits über sein Leben verfügt hatte und entschlossen war, seiner Qual ein Ende zu machen! Unsere Trostsprüche geleiteten ihn auf den Weg zum Tode, zur Freiheit, zur Ruhe. Begeistert sprach er von der guten Sache, der er so lange treu gedient, für die auch er, wie so viele Andere, ein Märtyrer geworden. Und sein letztes Wort war: „Vergebens ist auch mein Wirken und Leiden nicht gewesen." Beim Abschiede überreichte er uns ein geschlossenes Kouvert mit der Aufschrift: „Nur für den Fall zu öffnen, daß mir etwas „Menschliches" passiren sollte, dann aber sofort."

Wir wähnten, er habe sich danach in das Krankenhaus begeben. Heute (Dienstag) Morgen aber kamen zwei seiner Kinder zu uns und teilten mit, der Vater sei Abends zuvor nicht wieder nach Hause zurückgekehrt.

Bange Ahnungen stiegen in uns auf. Einer unserer Kollegen machte sich sofort auf den Weg, Nachforschungen anzustellen, und bald konnte er uns die Nachricht bringen, daß die Leiche Otto Reimer's in der Alster gefunden sei. Unser Kollege fand dieselbe im Kurhause.

— — — — — — — — — — — — —

— — — — — — — — — — — — —

Er hat es vorgezogen, freiwillig in den Tod zu gehen, statt unter neuen furchtbaren Qualen, die ihm nach seiner Ueberzeugung den Verstand geraubt haben würden, weiter zu leben. Bei vollem Bewußtsein wollte er sterben. **Er ist's!**

Was bleibt uns noch zu sagen übrig unter dem ersten erschütternden Eindruck, den diese Tatsache auf uns gemacht? Die Partei wird ihre Pflicht gegen die Kinder des geschiedenen Freundes erfüllen. Wir werden ihn zu Grabe betten mit allen Ehren, die der Wackere verdient. Und, die ihn kannten, werden sein Andenken stets in Ehren halten!

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Vom Notstand. Ministerpräsident Szapary hat im Reichstag zu Budapest vor einigen Tagen die Erklärung abgegeben, daß die Mitteilungen der ungarischen Presse über den Notstand in Ungarn stark übertrieben seien; von einer Hungersnot könne nicht die Rede sein. Geradezu ergreifend sind aber die Schilderungen, welche der „Magyar Hirlap" von den Zuständen im Arvaer Komitat entwirft: Schon nähren sich viele Personen von Holzrinde und Häcksel; in den meisten Gemeinden sterben täglich vier bis fünf Menschen, da außer Masern und Diphteritis auch Ruhr und Typhus grassiren. Der Preis des hauptsächlichsten Nahrungsmittels der Arvaer Bauern, der Kartoffeln, ist in einzelnen Gegenden um das Achtfache des gewöhnlichen Preises gestiegen. Am größten ist das Elend im Nameßtoer Bezirke, ferner im Trßtenaer und im Varer, im Kubiner Bezirke, im Orte Olah-Dubova. Hier starben sieben Kinder Hungers. Eine Mutter verlor an einem Tage ihre drei Kinder. In Erdöka leben die meisten Einwohner davon, daß sie eine Hand voll Hafer- oder Maismehl mit abgekochter Tannenrinde vermengen, oder sie brühen Stroh ab und mischen in die Flüssigkeit etwas Mehl, oder sie zerschneiden die Tannennadeln und kochen mit Mais gemengt daraus ein Gemüse. In vielen Gemeinden des Komitats giebt es zahlreiche Bewohner, die überhaupt nichts zu essen haben. Dem genannten Blatte zufolge sind bis Mitte November im Nameßtoer Bezirke 75 Menschen Hungers gestorben. Auf dem Wege von Also-Kubin nach Nameßto traf der Berichterstatter des „Magyar Hirlap" zahlreiche Auswanderer — darunter etwa 40 Frauen — die ohne einen Kreuzer Geld die Wanderung nach Pest angetreten hatten, um dort Brot zu suchen. Andere wollten nach der Bacska, nach Slavonien, manche gar nach der Türkei. Ein junger Slovake bettelte mit zwei Kindern auf dem Arme, die seit drei Tagen nichts gegessen hätten. Er drohte, seine Kinder zu erschlagen, wenn man ihm nichts gebe, sein Weib sei Hungers gestorben, seine Kinder wolle er nicht eben so sterben sehen. Viele suchen den Hunger durch Branntwein zu betäuben. Man sieht drei-, vierjährige Kinder betrunken dahin taumeln. Brot konnten die Eltern ihnen nicht geben, so gaben sie ihnen Branntwein. In Lokeza bereiten sich 80 Personen zur Auswanderung nach Amerika vor. In Nameßto wütet der Hungertyphus, in Babin, Hrustin, Vaßzilo, Vanyaka, Bobro, Radsicze, Hrabsany, Beßele und Zubrohlava fordert der Hunger zahlreiche Opfer. — Nicht viel tröstlicher klingen die Berichte, die dem „Neuen Pester Journal" aus den Hungerdistrikten zugegangen sind: Die obersten Beamten schilderten die Lage als sehr ernst, wenngleich manche Nachrichten übertrieben sind. Die Auswanderung nimmt täglich zu. Vom Notstande am härtesten betroffen ist der Stuhlbezirk Nameszto, besonders fünf bis sechs Ortschaften in demselben. In dem kaum 1500 Einwohner zählenden Erdöka fanden um Weihnachten herum täglich vier bis fünf Begräbnisse statt. Die Erwachsenen wurden durch die Influenza, die Kinder durch die Ruhr dezimirt. Diese Krankheiten nahmen infolge schlechter Nahrung- und Wohnungsverhältnisse einen tötlichen Verlauf. Der Nameßtoer Stuhlrichter berichtet, daß die Einwohner der erwähnten Ortschaften von Kräutern, Baumrinde und Haferstrohbrod sich nähren. Halbwüchsige Kinder werden von den Eltern auf die Straße gestoßen, da man sie zu Hause nicht halten kann. Die Landstraße wimmelt von kleinen Bettlern, denen gegenüber die Behörde die durch die Verhältnisse gebotene Milde übt. Von der Regierung sind bisher blos 3000 Gulden gekommen. Der Obergespan erzählt, daß die Hungernden bereits das Saatgetreide aufgezehrt haben, für das nächste Jahr also noch größere Not in Aussicht steht. Uebrigens erstreckt sich die traurige Situation auch auf die einzelnen Gegenden der Komitate Trencsin, Turocz und Saros. Ein ähnlicher Notstand ist, wie der Vizegespan erwähnte, seit dem Jahre 1846 nicht dagewesen.

Italien.

Die Arbeitslosigkeit nimmt immer größere Dimensionen an. Die Regierung ist eifrigst bemüht, die Aufregung der hungernden Bevölkerung durch Versammlungsverbote und andere Unterdrückungsmaßregeln noch zu erhöhen.

In Turin sind dieser Tage gegen 800 Arbeitslose in der „Arbeiterbörse" versammelt gewesen; sie sandten eine Deputation an den Professor M. de Amicis, ihn bittend, in Versammlungen zu ihren Gunsten zu sprechen. Auch in anderen Städten waren Arbeitslosen-Versammlungen.

Die Krisis treibt immer mehr Italiener zur Auswanderung. Im Jahre 1891 sind allein über Genua 139 000 und zwar 110 000 nach Brasilien ausgewandert. Eine Interpellation in der Deputirtenkammer bezüglich der Massenauswanderung, die in Italien beiläufig schon älteren Datums ist, wurde von Seiten der Regierung dahin beantwortet, daß sie den Zustand der Dinge wol bedauere, aber daß sie nicht helfen könne. Mit dieser Bankerotterklärung ist leider den Arbeitern nicht geholfen.

Spanien.

Wie tief Spanien gesunken ist, das wird mit wahrhaft erschreckender Deutlichkeit durch die soeben — nach mehr als 4 Jahren! — veröffentlichten Resultate der am 31. Dezember 1887 in Spanien vorgekommenen Volkszählung klar gemacht. Die Einwohnerzahl Spaniens betrug danach 17 565 632 und zwar 8 612 524 männliche und 8 953 108 weibliche Personen. Blos 602 005 konnten lesen, 5 004 470 lesen und schreiben, 11 964 881 konnten nicht lesen. Auf Kuba lebten 1 631 687 Personen (1 102 889 Weiße und 528 798 Farbige). Von den Weißen konnten 19 685 lesen, 367 629 lesen und schreiben und 715 575 konnten nicht lesen. Also die größere Hälfte der Spanier — die vorschulpflichtigen Kinder nicht mitgerechnet — können nicht lesen und schreiben! Unter den „heidnischen" Arabern gab es in Spanien keine Analphabeten (des Lesens und Schreibens Unkundige)! Aber das Pfaffentum und — die Kolonialpolitik haben Spanien auf den Hund gebracht — das heißt zwei Hausmittel, mit denen jetzt auch an dem deutschen Michel herumkurirt wird.

Arbeiterbewegung.

Situationsbericht.

Die in unserem letzten Bericht gebrachte Mitteilung über einen Ausstand in der Armaturenfabrik von Wagner in Chemnitz hat sich als falsch erwiesen. Von zuverlässiger Seite wird uns aus Chemnitz berichtet, daß weder von einem solchen Ausstand noch von der genannten Person, die die Mitteilung an uns machte, etwas bekannt sei. Es hat noch nicht festgestellt werden können, welche Gründe den Einsender bewogen haben, uns falsch zu berichten.

Am 27. Februar haben sämmtliche Porzellanmaler der Porzellanfabrik Aktiengesellschaft Königszeit die Arbeit eingestellt. Genauer Bericht liegt noch nicht vor.

Die Generalkommission.

London. Die in den Kohlengruben von Durham beschäftigten Arbeiter lehnten das Anerbieten der Kohlenbergwerks-Besitzer, in eine kleine Lohnermäßigung zu willigen und dadurch den Streik zu vermeiden, mit einer Mehrheit von mehreren tausend Stimmen ab.

Gerichtliches.

Der Parteigenosse Hermann Künzel aus Nickern, Gemeinderatsmitglied daselbst, war vom Dresdener Amtsgericht wegen Beleidigung des Gemeindevorstands Hänichen in Nickern zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt worden. Er sollte am Tage der Landtagswahl (13. Oktober vor. Jahres) im Vorzimmer des Wahllokals im Gasthofe zu Nickern gegenüber dem Wahlkomitee die Aeußerung gebraucht haben: „Dort drinnen sitzen die großen Ochsen, mögen sie nur die zwei Stimmen auch noch hinein fressen, wir haben ja noch Löbtau!" Gehört hatte diese Aeußerung, wie er behauptete, der Gendarm Werner aus Lockwitz als Antwort auf die von einer anderen Person an Künzel gestellte Frage: „Wie steht es denn mit den zwei Stimmen?" Auf die eidliche Aussage Werner's hin erfolgte die Verurteilung Künzel's. Dieser aber legte im Bewußtsein seiner Unschuld Berufung ein und am 24. Februar verhandelte das Landgericht über diese Sache. Eine ansehnliche Anzahl von Einwohnern des friedlichen Dorfes Nickern befand sich in einiger Erregung, denn es waren 14 Personen von dort als Zeugen geladen. Gendarm Werner bekräftigte auch diesmal mit seinem Eid, daß Künzel die bewußte Aeußerung getan habe. In vierstündiger Verhandlung wurden nach einander 16 Zeugen eidlich vernommen, die sämmtlich, wie festgestellt wurde, zu der fraglichen Zeit in dem Gastzimmer anwesend gewesen waren. Nicht einer von ihnen hatte die beleidigende Aeußerung oder eine ähnliche gehört.

Obwol der Staatsanwalt nach dem Bericht der „Sächs. Arb.-Ztg." die Anklage trotzdem aufrecht erhielt und besonders betonte, daß unter Umständen das Zeugnis des Gendarmen mehr wiege als das von 16 anderen Zeugen, erkannte das Landgericht auf kostenlose Freisprechung des Angeklagten.

Genosse Kutzbach, früherer Redakteur der „Gelsenkirchener Arbeiter-Zeitung," wurde vom Schöffengericht Gelsenkirchen wegen Beleidigung des katolischen Lehrers Münstermann zu 5 Tagen Gefängnis verurteilt. Der genannte Lehrer hatte einen Schulknaben dermaßen geschlagen, daß an verschiedenen Stellen des Körpers dicke blaue und rote Striemen entstanden waren. Die ärztlichen Atteste konstatirten eine grobe Mishandlung. Im Termin verweigerte der Lehrer die Aussage, weil er sich dadurch strafbar machen könne. Der betr. Artikel der „Gelsenkirchener Arbeiter-Zeitung" enthielt den Ausdruck „Prügelpädagoge" und den Wunsch, daß dem Lehrer 25 aufgezählt werden möchten. Hierin erblickte das Gericht eine das Maß des Erlaubten überschreitende Kritik. Der Amtsanwalt hatte vier Wochen Gefängnis beantragt.

Wegen Sittlichkeitsverbrechens in mindestens 70 Fällen, verübt an Gefangenen des Liebauer Gefängnisses, wurde der Gefangen-Aufseher Franz Vogel aus Liebau zu 4 Jahren Zuchthaus und Ehrverlust auf gleiche Dauer verurteilt. — Wie war es möglich, daß das Scheusal dieses Verbrechen so lange begehen konnte, ohne entdeckt zu werden?

Behördliche Uebergriffe. Ein bayrischer Amtsanwalt duldet das Verteilen von Schriften in den Wohnungen nicht, trotzdem die Gewerbe-Ordnung besagt, daß zur Verteilung von Druck- oder anderen Schriften 2c. in geschlossenen Räumen eine Erlaubnis nicht erforderlich ist. Weiter erklärte der Amtsanwalt unseren Genossen: „Ich strafe Sie höher, als jeden anderen Uebertreter, welcher Drucksachen verbreitet, weil Sie Sozialdemokraten sind.“ Auf das Verlangen, anständig behandelt zu werden, antwortete er: „Leute, die solche unanständige, gemeine Schand- und Schmähschriften verbreiten, wie diese — insbesondere: „Nieder mit den Sozialdemokraten“ — sind auch unanständig zu behandeln.“ „Sie werden unbedingt verurteilt.“ — „Ich will in meinem Bezirk Ruhe haben und dulde keine Agitation der Sozialdemokraten.“ „Es ist höchst wahrscheinlich, daß Sie die angegebenen Personen sind, da Sie aber Sozialdemokraten sind, glaube ich es nicht.“

Appetitliches aus der Ferienkolonie Freiberg. Hier wurde ein Unteroffizier der zweiten Kompagnie des Jägerbataillons nach Dresden überführt, um sich dort wegen Mißhandlung der Rekruten zu verantworten. Er soll die Spezialität des Fußlappenauskauens und Schmierbürstenausleckens durch seine Untergebenen haben kultiviren lassen. Die Mißhandlungen sollen nicht auf dem Beschwerdeweg, sondern durch Mitteilung von Zivilpersonen dem Bataillonschef bekannt geworden sein. Ferner soll der betr. Unteroffizier schon einmal wegen Mißhandlung bestraft und degradirt worden sein.

Parlamentsbericht.

Deutscher Reichstag.

185. Sitzung. (Schluß.)

Abg. **Wurm** (Soz.): Die Vertretung der Apotheker hat der Vorredner mit einer Entschiedenheit geführt, die auffallen muß bei einem Manne, der nur mit dem Wein zu arbeiten pflegt. (Abg. Menzer: Geht Sie gar nichts an!) Alle seine Behauptungen sind falsch. Er weiß zunächst nicht, was 1887 hier in Berlin passirt ist. Es wurde, um eine Probe auf die Leistungen der Herren zu machen, ein Rezept an sämmtliche Apotheken geschickt, auf welchem u. A. „roter Nesselfriesel“, „betrügerischer Platzkauf“ u. s. w. verschrieben war. Mit Ausnahme von zwei Apotheken haben alle Berliner Apotheken diese schönen Sachen, sauber auf Flaschen gezogen, geliefert. (Hört! Hört!) Er weiß ferner nicht, daß ein Prozeß in Köln im vorigen Jahre enthüllte, daß am Vertriebe eines faulen Geheimmittels sich nicht weniger als 552 Apotheker mitschuldig gemacht hatten, wie der Staatsanwalt selbst hervorhob. Der Angeklagte Heilgehilfe Schuhmacher wurde zu 2 Jahren sechs Monaten Zuchthaus verurteilt. Gegen die Apotheker bedauerte der Staatsanwalt nicht einschreiten zu können, weil das Gesetz keine Handhabe dazu biete. Ein Blick auf die Schaufenster der Apotheker zeigt, daß diese hauptsächlich Geheimmittel verkaufen. So wird dem armen Publikum das Geld aus der Tasche gezogen. Die Pharmakopöe unterscheidet zwischen Heilmitteln für die Armen und Reichen. Ich habe mir nun eigens von einem Arzte in Hannover ein Rezept besorgt und in zwei verschiedenen Apotheken anfertigen lassen. In der Pharmakopöe steht, daß für die Armen statt Wein, zu geben ist eine Mischung von Spiritus, aromatischer Tinktur, destillirtem Wasser und Syrup. Diese billige Mischung ließ ich zuerst für den Arzt selbst herstellen, da kostete sie nur 20 Pf. Darauf ließ ich sie für einen Fremden herstellen, da kostete sie 65 Pf. Der Wein selbst hat einen Wert von 3 Pf., die Flasche von 3 Pf. Auf das Liter berechnet, würde sich das Liter Armenwein auf 5,20 Mk. stellen, dafür läßt sich doch schon ein ganz hübscher Wein herstellen. Seit der Zeit, wo Herr Wyhe Apotheker war, haben sich die Verhältnisse sehr geändert. Ein großer Teil der Medicaments wird sogar schon fertig verpackt von den chemischen Fabriken bezogen. Die Droguenwaren werden von den Apotheken mit 200—600 pCt. teurer verkauft, als sie sie selbst beziehen. Die Apothekergehilfen und -Lehrlinge werden heute von den Besitzern in ganz entsetzlicher Weise ausgebeutet. Nach der amtlichen Statistik hat man in den letzten Jahren die Zahl der approbirten Gehilfen um 36 und der Lehrlinge um 60 pCt. gesteigert. Wenn Jemand im Eisenbahndienst einen Unfall verschuldet, dann sind Publikum und Gerichte geneigt, Milde walten zu lassen, wenn der betreffende Beamte überbürdet war. Vergreift sich aber ein überbürdeter Apothekergehilfe, dann werden ihm nicht mildernde Umstände zugebilligt. Uebertriebene Preise für Apotheken sind mir namentlich in Hannover vorgekommen. Das Uebel liegt in einer völlig falschen Handhabung der bestehenden Gesetzgebung. Unser Gesetz kennt nur konzessionirte Apotheken; von 6000 Apotheken sind nur 40 pCt. privilegirt mit der Realberechtigung, bei allen übrigen müßte mit dem Tode des Besitzers die Konzession erlöschen. Es hat sich aber der Usus herausgebildet, daß Personalkonzessionen zu Realkonzessionen geworden sind. Es giebt eben genug gute Freunde und Gevatern. Es kann einmal nicht bestritten werden, daß die Krankenkassen jährlich für Arzneien 12 Millionen Mark ausgeben. Diese Arzneien würden in Wirklichkeit einen Bruttowert von 200 000 Mk. repräsentiren. Würde das Reich nicht ein ungeheures Geschäft machen, wenn es für den Preis von 11 800 000 Mk. die Apotheken in die Hand nähme? Wenn man sagt, daß bei den Apotheken nur ein bescheidener Zinsfuß herauskommt, so übersieht man, daß, wie bei der Landwirtschaft der Grund und Boden, hier der Besitz der Apotheke viel zu teuer gekauft worden ist. Die Realkonzessionen stammen noch aus der Zeit der Privilegien, die Zeit der Realkonzessionen ist vorüber. Heute giebt man das Privilegium in der Form von Liebesgaben an Spiritusbrenner u. s. w. und in Form von Schutzzöllen an die Großgrundbesitzer. In Braunschweig hat man im vorigen Jahrhundert verstaatlichte Apotheken gehabt, sie aber wieder aufgehoben, weil Unregelmäßigkeiten vorgekommen waren. Die württembergischen Apotheken haben selbst das System der Personalkonzession für Gift erklärt, für den moralischen Ruin des Staates. Im weiteren führte Redner einige Beispiele an, welche die ungeheure Verteuerung dartun sollen, die für die arme Bevölkerung durch den Arzeneizwang und Apothekenzwang, welchen die Krankenversicherung eingeführt hat, herbeigeführt worden ist. Arzeneien, welche mit 30 Pf. vom Droguisten geliefert werden können, sind mit 9 Mk. berechnet worden. Dabei werden eine Masse Rezepte nur u. a. t. verschrieben, nämlich ut aliquid fiat, damit nur etwas geschehe. (Heiterkeit.) Ein Millionär läßt sich für 30 Pfennig Fliedertee vom Droguisten holen, ein Krankenkassen-Mitglied muß sich vom Kassenarzt die Sache verschreiben lassen und bezahlt 67 Pf. Wir sind der Meinung, daß über solche Fachgegenstände nicht im Plenum verhandelt werden kann, sondern nur in der Kommission. Wir haben darauf hingewiesen, daß etwas geschehen muß zur Regelung dieser Verhältnisse, daß ein ganz ungeheurer Wirrwarr in der Apothekengesetzgebung herrscht. Wirklich realprivilegirte Apotheken giebt es im deutschen Reich nur 40 pCt., also etwa 4000 sind Personalkonzessionen. Bei den letzteren läßt sich schon dadurch unser Antrag realisiren, indem man einfach das heute bestehende Gesetz zur Ausübung bringt, wonach das Privilegium mit dem Tode des jeweiligen Inhabers erlischt. Die Regierung kann schon jetzt Apotheken errichten, wo es notwendig ist, ohne sich um Privilegien zu kümmern; denn es steht nirgends im Gesetz, daß den privilegirten Apothekenbesitzern keine Konkurrenz gemacht werden darf. Wir haben ja heute schon die Apotheken unter Staatsrevision, die zwar sehr mangelhaft ist; die staatliche Aufsicht ist also kein Novum, wir wollen nur, daß sie etwas erweitert und strenger gehandhabt werde. Die Staatsapotheken können auf jeden Fall billiger arbeiten, denn nicht allein die ungeheueren Kosten sind es, welche den Preis für Medikamente verteuern; es sind die Grundobjekte, welche mit verzinst werden müssen, das Kapital, welches in Vorräten angelegt ist u. s. w. Auch die Hauswirte prellen die Leute, die eine Apotheke in ihren Häusern eröffnen wollen. Dabei erzielen die Apothekenbesitzer, wie ich ganz genau weiß, noch ganz enorme Ueberschüsse. Was ist denn eigentlich aus unseren wissenschaftlichen Heimstätten geworden? Niederlagen von allerlei Mineralwassern, ein Sammelsurium von allerlei möglichen Geheimmitteln u. s. w. Das Los der Apothekergehilfen, die erst lange studiren und zwei Examina ablegen müssen, um schließlich 1500—1600 Mk. zu beziehen, ist kein glückliches, oft sind sie sogar noch zum Zölibat verurteilt. Man zieht immer mehr Personal durch die technischen Hochschulen heran, an ein Selbstständigwerden ist gar nicht zu denken, es sei denn, daß Jemand einen reichen Vater habe, oder es verstehe, einen reichen Schwiegervater zu bekommen. Diese Zustände sind nach allen Seiten hin unhaltbar. Unser Antrag ist einem dringenden Bedürfnis entsprungen. Die Regierung beeilt sich ja auch sehr, die Zustände zu verbessern — seit 80 Jahren ist die Apothekenordnung nicht geändert worden. Der preußische Kultusminister erklärte zwar, er habe für Preußen eine neue Apotheker-Gesetzgebung fix und fertig, aber man sieht nichts davon. Die sozialdemokratische Partei denkt nicht daran, daß diese scheinbaren Konzessionen irgendwie abgelöst werden sollen, dazu würden 400 Millionen nicht genügen; wir brauchen uns nur auf den Boden des Gesetzes zu stellen und zu verlangen, daß das Reich von seinem Recht Gebrauch macht und Apotheken gründet. Die Gründe gegen unsern Antrag haben nicht den geringsten Gehalt, wenn die Mehrheit sich auf unsern Antrag nicht einlassen will, so beweist das blos ihre alte Neigung, zu Gunsten einer begünstigten Klasse das Alte bestehen zu lassen.

Präsident v. Levetzow: Der Redner hat der Majorität des Hauses einen Vorwurf gemacht, den ich als parlamentarisch unzulässig erklären muß.

Abg. **Witte**: Die ganzen Ausführungen, die wir hier gehört haben, sind zum Fenster hinaus gesprochen; wir wissen ja doch, daß die sozialdemokratische Partei den ganzen Antrag auf ihrem Parteitag lediglich als Agitationsmittel bezeichnet hat. Der Apothekerstand begünstigt den Verkehr mit Geheimmitteln nicht, er will ihn entfernen. Die eigentliche Rezeptur ist in den Apotheken in den letzten Jahrzehnten sehr zurückgegangen, der Handverkauf hat entsprechend zugenommen. Ich kann nur dringend bitten, den Antrag abzulehnen.

Damit schließt die Diskussion. Im Schlußwort bemerkt

Abg. **Bebel** (Soz.): Da es sich hier um prinzipielle Auffassungen handelt, können wir unsere Gegner nicht von der Richtigkeit unserer Ansichten überzeugen. Wir haben ja schon viele Staatsbetriebe: Bergwerke, Eisenbahnen u. s. w.; hier soll ein ähnlicher Staatsbetrieb eingeführt werden, nur soll der Staat nicht, wie es sonst geschieht, materielle Vorteile von seinem Betrieb haben. Die Tatsache, daß wir einen solchen Antrag hier einbrachten, beweist, daß wir praktische Vorschläge machen, aber daß der Antrag von uns kommt, genügt Ihnen, dagegen zu sein. Die Apothekenverstaatlichung ist schon seit 25 Jahren von dem bekannten Apotheker Kempf in mehreren Petitionen als Ideal hingestellt worden. Durch die neuere sozialpolitische Gesetzgebung sind die Arbeiter genötigt, ihre Medikamente in den Apotheken zu hohen Preisen herstellen zu lassen. Hier soll ja nicht eine tausendjährige Kultur umgestoßen werden, denn so lange bestehen die Apotheken noch nicht, und die jetzigen Apothekenverhältnisse verdienen nicht, erhalten zu werden. Dieser Antrag Auer soll durchaus kein Agitationsmittel sein. Die Absicht, den Antrag zu stellen, ist bei mir schon seit sieben Jahren vorhanden, und ich bin nur aus persönlichen Gründen daran gehindert worden, ihn einzubringen. Die Auffassung von der Notwendigkeit einer Aenderung ist allgemein. Die schwindelhaften Preise der Medikamente haben von keiner Seite widerlegt werden können. Auch daß eine fortwährende Preissteigerung der Apotheken selbst vorhanden ist, ist nicht bestritten worden. Diese unnatürlichen Zustände müssen beseitigt werden. Bei dem jetzigen ganzen System müssen die Apotheken geradezu aus finanziellem Interesse den Geheimmittelschwindel begünstigen. Die Zustände, die ich bezüglich der Lage der Apothekergehilfen und -Lehrlinge schilderte, beruhen durchaus auf Wahrheit, denn meine Anführungen entstammen Tatsachen, die uns aus Kreisen der Gehilfen mitgeteilt und die in Fachzeitschriften öffentlich besprochen sind. Sie sollten den Antrag nicht lediglich deshalb ablehnen, weil er von uns kommt. Die Unternehmerklasse hat auch ein Interesse an der Verbilligung der Medikamente, denn sie klagt ja über die Opfer, welche ihr die Kranken- und Unfallversicherungs-Gesetzgebung auferlegt. Die ärmeren Klassen trifft natürlich erst recht die Verteuerung der Medikamente. Ich bitte Sie, unseren Antrag anzunehmen.

Vor der Abstimmung bezweifelt Abg. **Werner** (Antisemit) die Beschlußfähigkeit des Hauses und beantragt die Konstatirung derselben; es mache ihm im Allgemeinen kein Vergnügen, die Beschlußfähigkeit zu bezweifeln, aber —

Präsident v. Levetzow: Der Antrag bedarf keiner Motivirung. (Heiterkeit.)

Der Namensaufruf ergiebt die Anwesenheit von 167 Mitgliedern, das Haus ist also nicht beschlußfähig.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Abg. Prinz **Carolath**, daß es ein völlig haltloser Zustand sei, wenn ein einzelnes Mitglied des Hauses die Macht haben solle, die Verhandlungen lahm zu legen. Der Präsident werde dadurch in seiner verantwortlichen Stellung beeinträchtigt und die Anwesenden, nicht die Abwesenden damit bestraft. Der Präsident möge mit dem Seniorenkonvent in Verbindung treten darüber, ob nicht ein Antrag auf Feststellung der Beschlußfähigkeit der Unterstützung einer erheblichen Anzahl von Mitgliedern bedürfe. Das Ansehen des Reichstags werde durch solche Vorgänge geschädigt.

Präsident: Das Uebel liegt in der mangelhaften Frequenz des Hauses, diese macht das Verweilen an diesem Platze tatsächlich zu einer nicht angenehmen Aufgabe. Hinsichtlich der Frage, wie den häufigen Auszählungen vorzubeugen sei, will ich eine Erörterung veranlassen.

186. Sitzung.

Auf Grund des mündlichen Berichtes der Geschäftsordnungs-Kommission wird die Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Abg. Freiherrn von Münch wegen Beleidigung im Privatklage-Verfahren nicht erteilt.

Zur ersten Beratung des Gesetzentwurfes über den Belagerungszustand in Elsaß-Lothringen erhält zunächst das Wort

Abg. **Petri** (natl.), welcher darauf hinweist, daß die Vorlage eine Aufregung hervorgerufen habe, die nicht berechtigt sei angesichts des Inhalts des Entwurfes. Auch im Auslande habe man die Sache so angesehen, als ob in Elsaß-Lothringen ganz besondere Zustände herrschten, welche diese Vorlage rechtfertigen. Das sei aber durchaus nicht der Fall, denn man lebe in Elsaß-Lothringen durchaus im Zustande des tiefsten Friedens, gegründet auf das Gefühl der unauflöslichen Zusammengehörigkeit mit dem Deutschen Reiche. (Beifall.) Das Gesetz ist nicht nötig, weil es gegen eine Bevölkerung gerichtet ist, die nicht an Aufruhr denkt. Warum ein Ausnahmegesetz für Elsaß-Lothringen? Warum wird nicht ein Reichsgesetz vorgelegt, wenn ein Bedürfnis dazu vorliegt? Durch den Telegrafen kann der Belagerungszustand vom Kaiser schnell angeordnet werden, wir brauchen deshalb solche Gesetze nicht.

Staatssekretär **Bosse**: Das allgemeine Reichsgesetz über den Belagerungszustand kann nicht mit der Beschleunigung vorgelegt werden, welche notwendig ist, um die Sache für Elsaß-Lothringen baldigst zu regeln. In der Kommission wird nachgewiesen werden können, daß nichts weniger beabsichtigt ist, als eine Verschärfung des preußischen Gesetzes. Was wir wollen, ist nur, die Rechtsfrage vollkommen klar zu stellen, denn das preußische Gesetz ist in manchen Punkten nicht vollkommen klar und bestimmt.

Abg. v. **Vollmar** (Soz.): Die Vorlage ist nicht als eine einfache, abgeschlossene Maßregel für sich zu betrachten, sondern im Zusammenhang mit der allgemeinen Lage, in der Elsaß-Lothringen sich befindet, und mit der allgemeinen Lage in Deutschland selbst. Als Elsaß-Lothringen annektirt wurde, hat meine Fraktion unter den schwierigsten Verhältnissen dagegen protestirt, nicht weil wir für Frankreich mehr Freundschaft empfinden, als für Deutschland, sondern vom Gesichtspunkt der Selbstbestimmung der Völker aus, und weil wir eine Verschlechterung der allgemeinen europäischen Lage durch die Annexion voraussahen. Man hörte nicht auf uns, und die militärische Sicherheit — nur um dieser willen, nicht aus nationalen Gründen, wurde die Annexion eingestandenermaßen vorgenommen — hat sich darnach verringert, statt sich zu steigern. Nachdem aber einmal die Annexion eine Tatsache geworden war, müßte man darauf bedacht sein, die Sympathien der Elsässer dem Deutschen Reich zu gewinnen. Fürst Bismarck sagte einmal: „Wir Preußen haben nicht die Gabe, uns beliebt zu machen“, und wenn je eines seiner Worte wahr ist, so ist es dieses; wir Süddeutschen wissen davon ein Lied zu singen. In Elsaß-Lothringen beschränkte man sich in der Hauptsache, statt eine versöhnende Politik zu verfolgen, auf die Anwendung von Gewalt, verbunden mit einer Konservirung der Jahrhunderte alten, jetzt überlebten Bourbonischen Gesetze, und diese Verquickung war den Elsässern nach ihrer ganzen historischen Entwickelung die unerträglichste. Man hätte ihnen die spärlichen Freiheiten, die wir in Deutschland haben, unsere Preß- und Versammlungsgesetze, unsere Fetzen von habeas-corpus nicht vorenthalten sollen. Die gegenwärtige Vorlage stützt sich auf ein französisches Gesetz vom 9. August 1848, und dies wieder auf ein Gesetz vom 10. Juli 1791; in beiden Gesetzen ist aber dem militärischen Befehlshaber nur, wenn jene dem Angriffe eines äußeren Feindes ausgesetzt sind, die Verhängung des Belagerungszustandes gestattet, sonst hat nur die assemblée nationale darüber zu bestimmen. Bei uns kann der Kaiser den Belagerungszustand verhängen nach Bestimmungen, die denen des preußischen Gesetzes vom 4. April 1851 — also aus der schlimmsten Reaktionszeit — entsprechen, außerdem hat der Statthalter das Recht, bei drohender Gefahr für die öffentliche Sicherheit Bestimmungen zu treffen, die weit über die in jenen beiden alten französischen Gesetzen enthaltenen Vollmachten hinausgehen. Die Vorlage bringt nun noch zwei neue Garnituren von Belagerungszuständen für Elsaß-Lothringen auf einmal. Einmal im Kriege oder bei drohender Kriegsgefahr. Letztere wurde aber mehrfach als vorhanden

hingestellt, ohne daß sie tatsächlich existirte, z. B. im Septennatsrummel von 1887; hätte dies Gesetz damals schon bestanden, so wäre sicher in mehreren Bezirken der Belagerungszustand proklamirt worden, um den Kriegsdrohungen ein besseres Relief zu geben. Gegen einen Mißbrauch dieser Bestimmungen giebt es kein Korrektiv, als den Kaiser; aber, da dieser nach den Motiven eben zu weit entfernt ist, so ist er es auch für die mißbräuliche Anwendung des Gesetzes, welches sogar die Bestätigung von Todesurteilen durch denselben Offizier, der den Belagerungszustand verhängt, zuläßt. Daneben soll der provisorische Belagerungszustand auf Antrag der Zivilbehörden eintreten können, aber offenbar hat man zu den Letzteren kein besonderes Vertrauen, denn auch ohne diesen Antrag kann der militärische Befehlshaber diesen Belagerungszustand verhängen. (Schluß folgt.)

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 5. März 1892.

Achtung, Genossen!

In kürzester Zeit wird zur Belebung der Agitation für die Verbreitung der „Volkswacht" ein

Flugblatt

gedruckt werden. Wir ersuchen nun die Genossen an allen Orten, uns schleunigst die Zahl der Flugblätter anzugeben, die sie für sich zu brauchen gedenken, damit die ungefähre Höhe der Auflage baldigst bestimmt werden kann. Mit sozialdemokratischem Gruß!

Die Preß-Kommission.

Schlesischer Städtetag. Heute findet in Breslau der sogenannte Schlesische Städtetag statt, der sich mit der Stellungnahme der einzelnen Kommunalverwaltungen zum Volksschulgesetze befassen wird. Wir haben Vorsorge dafür getroffen, daß unsere Leser über den Verlauf der Sitzungen in der nächsten Nummer der „Volkswacht" ausführlich unterrichtet werden.

Stadtverordneten-Versammlung vom 3. März. Eröffnet wurde dieselbe vom Direktor Dr. Fiedler. Vor Eintritt in die Tagesordnung erstattete der Vorsitzende die Mitteilung, daß Stadtv. Vollrath durch seine Uebersiedelung nach Berlin sein Mandat als Stadtverordneter niederlege. Es folgen einige kleine Vorlagen, von denen wir nur die eine erwähnen: Magistrat teilt der Versammlung mit, daß der zur Beachtung der Läden an der Riemerzeile angestellte Wächter nicht als städtischer Nachtwachtmann anzusehen sei und daß deshalb der Antrag der Ladenbesitzer der Riemerzeile beim Magistrat auf Zahlung der Invaliditäts- und Altersversicherungsbeträge, sowie Gewährung einer Gehaltszulage abgelehnt sei. Hierauf wird die in letzter Sitzung abgebrochene Debatte über die Markthallen fortgesetzt. Es handelt sich um die Anlegung einer Umschlagstelle vor dem Odertor, in welcher die von der Bahn gebrachten Marktwaren untergebracht werden sollen, um später an die verschiedenen Markthallen verteilt zu werden, oder, um Ankauf des betreffenden Gebäudes zu städtischen Zwecken. Als Erster erhält Dr. Struwe das Wort. Derselbe ist gegen die Umschlagstelle, da er ein Bedürfnis für dieselbe nicht einsehen kann. Die drei Arten von Marktwaren, die am meisten konsumirt werden, Kartoffeln, Kraut und Gemüse würden zuerst von Schlesien per Achse geliefert; das, was von weiter herkomme, sei nicht so bedeutend, als daß dafür extra eine Umschlagstelle herzustellen notwendig wäre. Nur wenn eine solche Zentralstelle am schönen Platze und billig herzustellen möglich wäre, würde er für eine solche sein.

Stadtv. Morgenstern äußert sich, es sei zu der Markthallenfrage etwas Neues hinzugekommen. Der Magistrat habe sich bezüglich der Umschlagstelle, wie ihm scheine, nicht genügend orientirt. Berlin sei in dieser Beziehung nicht in Vergleich zu ziehen. Der Aufbau einer solchen projektirten Halle würde nach seiner Ansicht zu teuer kommen, mindestens würde dieselbe 800,000 Mark kosten.

Stadtv. Stenzel empfiehlt, die Magistratsvorlage anzunehmen in der Weise, daß das Grundstück ohne Zweckbestimmung angekauft werde.

Stadtrat Kopisch empfiehlt die Vorlage, indem er beweisen will, daß der Bau nicht zu teuer zu stehen komme. Auch die Notwendigkeit einer Umschlagstelle betont Redner. Wenn die Eisenbahndirektion jetzt einen großen Güterbahnhof bei Brockau errichte, wird sie nicht geneigt sein, noch in der Stadt einen neuen Güterbahnhof zu bauen. Auch der Fischer-Verein habe sich in einem Schreiben an den Magistrat für Errichtung einer Umschlagstelle ausgesprochen.

Stadtv. Dr. Graß ist entschieden gegen das Projekt. Wenn die Lebensmittel auf Bahnhof Brockau ankommen, müssen sie nach der Umschlagstelle vor dem Odertor geschafft und von dort aus durch die Pferdebahn in die Markthallen gebracht werden. Das hieße mit der Kirche ums Dorf gehen. Für die Ueberführung der Waaren von Brockau nach dem Odertor müsse eine Gebühr gezahlt werden. Das ließe sich vermeiden, wenn eine direkte Verbindung des Rangierbahnhofs mit der Umschlagstelle geschaffen würde. Man errichte also im Osten der Stadt eine Umschlagstelle.

Stadtv. Seibert meint, Dr. Graß habe sich schon einmal in einer wichtigen Frage geirrt, das könne hier wieder der Fall sein. Man nehme nur die Vorlage an und lasse die Markthallenfrage nicht so versumpfen, wie die Schlachthoffrage.

Stadtv. Urban ist für die Vorlage. Man wolle vor dem Odertor keine Markthalle, weil dort nur arme Leute wohnen, er glaube aber, die Bewohner vor dem Odertor hätten dasselbe Recht berücksichtigt zu werden, wie andere Bezirke. Auch glaube er, daß die Halle sehr gut besucht werden würde, denn die armen Leute hätten nicht Zeit, weit zu laufen oder sich nebenbei in den Seiden- und Manufakturläden umzusehen. (Bravo!)

Stadtrat Plüddemann will wissen, daß die Bahndirektion zwei Güterbahnhöfe anzulegen beabsichtigt. In Brockau und in Rochdern.

(Na also!) Er könne die Vorlage nur empfehlen.

Oberbürgermeister Bender hält das Terrain vor dem Odertor sehr billig. Sollte wirklich nur ein Güter-Bahnhof errichtet werden, so wäre das Verhältnis allerdings schwieriger, das Grundstück lasse sich aber immerhin noch verwerten, da es sehr billig ist, 9,28 Mark pro Quadratmeter.

Stadtverordneter Görlich ist für Ankauf des Grundstücks, ist aber gegen die Markthalle.

Oberbürgermeister Bender will, wenn der Antrag Stenzel durchgehe, sich mit der Bahn-Direktion in Verbindung setzen, um Gewißheit über den Anschluß im Osten der Stadt zu gewinnen.

Ein Schluß-Antrag wird angenommen. Die Referenten Riemann und Haber begründen noch einmal ihren Vorschlag auf Abweisung der Magistratsvorlage und Annahme des Ausschuß-Antrages auf Ausarbeitung eines neuen Markthallenprojektes. Der Antrag Stenzel: Ankauf des Grundstücks ohne Zweckbestimmung wird mit 46 gegen 34 Stimmen angenommen. Der Antrag des Ausschusses auf neue Projektsvorlage wird angenommen mit 50 gegen 30 Stimmen. Der Antrag des Stadt-Verordneten Friderici, den Magistrat zu ersuchen, bei Errichtung von Markthallen auf den Bahnanschluß Rücksicht zu nehmen, wird ebenfalls angenommen. Der Vorsitzende teilte noch mit, daß nächsten Donnerstag die Sitzung ausfällt und schließt nach 7 Uhr die öffentliche Versammlung. §§.

Konsum-Verein. Gestern, den 4. März, Abends 8 Uhr, fand in Rösler's Brauerei eine Versammlung von Mitgliedern des Konsum-Vereins statt. In derselben wurde der Beschluß gefaßt, eine Vereinigung von Mitgliedern zu bilden, mit dem Zwecke, das Interesse für den Konsum-Verein zu heben und durch eine gesunde Opposition die Mißstände in demselben beseitigen zu suchen. Eine zehngliedrige Kommission wurde eingesetzt, die Gründung dieser Vereinigung zu veranlassen. Außerdem wurde hinsichtlich der Artikel der „Breslauer Morgen-Zeitung" folgende Resolution einstimmig gefaßt: „Die heute in Rösler's Brauerei tagende Versammlung von Konsum-Vereins-Mitgliedern verurteilt aufs schärfste die Parteinahme der „Breslauer Morgen-Zeitung" für die Direktion trotz der bestehenden Mißstände und erklärt es als eine Unwahrheit, wenn die gesammte Opposition als sozialdemokratisch hingestellt wird." Bericht folgt.

Krankenversicherung der Arbeiter. Personen, welche erweislich mindestens für dreizehn Wochen nach der Erkrankung dem Arbeitgeber gegenüber einen Rechtsanspruch auf eine den Bestimmungen des § 6 des Kranken-Versicherungsgesetzes entsprechende oder gleichwertige Unterstützung haben, sind gemäß § 136 des Reichsgesetzes vom 5. Mai 1886, betr. die Unfall- oder Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, auf den Antrag des Arbeitgebers von der Versicherungspflicht zu befreien, sofern die Leistungsfähigkeit desselben genügend gesichert ist. Ueber den Antrag entscheidet die Verwaltung der Gemeinde-Krankenversicherung oder der Vorstand der Krankenkasse, welcher die zu befreiende Person angehören würde. Wird die Leistungsfähigkeit des Arbeitgebers beanstandet, so ist der Antrag an die Aufsichtsbehörde zur Entscheidung abzugeben. Die Entscheidung über den Befreiungsantrag ist den Beteiligten zu eröffnen und vorläufig vollstreckbar. Gegen dieselbe steht jedem Beteiligten binnen zwei Wochen die Beschwerde an die vorgesetzte Aufsichtsbehörde zu.

Auffinden eines Entseelten. Am 3. d. Mts., Nachmittags, wurde in der Nähe der Wurche'schen Ueberfähre, Uferstraße 29, die Leiche eines 55—60 Jahre alten Mannes gelandet und nach der Anatomie geschafft. Der Entseelte, welcher wenig Kopfhaar und kurzgeschnittenen Vollbart hat, ist mit braunem Winterüberzieher, schwarz-karrirtem Jaquet, schwarzer Weste, grau-schwarzgestreiftem Beinkleid, weißem Oberhemd, schwarzem Shlips und Stiefeln bekleidet. In den Taschen der Kleidung fand sich unter Anderem ein Taschenmesser, ein Taschentuch, gez. C. B. Nr. 4 und ein Siegelring mit grünem Stein vor. Die Leiche dürfte einen Tag im Wasser gelegen haben.

Viehseuche. Unter dem Viehstande des Gutsbesitzers Wilhelm Pohl zu Groß-Mochbern ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Diebstähle. In der Nacht vom 1. zum 2. d. M. wurde eine Schlosserwerkstatt auf der Antonienstraße erbrochen und 40 Schlüssel, 2 Zangen, 4 Feilen, ein Meißel, ein Schraubenzieher, ein Durchschlageisen und eine Brille gestohlen. — Am 2. d. Mts. wurde von einem mittelst Nachschlüssel geöffneten Boden eines Hauses am Museumplatz eine Menge Wäsche, gezeichnet J. D., gestohlen. — Einem Freistellenbesitzer aus Wildschütz wurde am 2. d. M. auf der Fahrt von Wildschütz nach Breslau von seinem Wagen ein kleines Schaff mit Butter gestohlen.

Verkehr im städtischen Leihamt. Anfang des Monats Februar cr. war der Bestand an Pfändern 12 523 Stück mit einem Pfandwerte von 268 987 Mk.; im Laufe des Monats kamen 2306 Pfänder mit einem Pfandwerte von 45 166 Mk. dazu; eingelöst wurden 1837 Pfänder mit einem Pfandwerte von 40 345 Mk.; Ende des Monats verblieb ein Bestand von 12 992 Pfändern mit einem Pfandwerte von 273 808 Mk.

Selbstmord. In der Wohnung seiner Eltern, Lehmgrubenstraße 48, hat in der Nacht vom 2. auf den 3. d. M. ein 21 Jahre alter Arbeiter seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht. Die Leiche wurde nach der Anatomie überführt.

Ein Schwindler. Vor einigen Tagen hat auf Grund gefälschter Sammellisten angeblich für die in der Ortschaft Carini bei Palermo verunglückten österreichischen Staatsangehörigen ein Mann, der sich Rudolf Klein nannte, und sich über seinen Auftrag und seine Person durch ein ebenfalls gefälschtes Schriftstück des General-Konsulats von Palermo auswies, von dem General-Konsul für Oesterreich-Ungarn in Berlin 500 Mark erschwindelt. Der angebliche Klein ist etwa 35 Jahre alt, mittelgroß, schlank, hat dunkles Haar und Vollbart von gleicher Farbe, welcher die Backen fast bis unter die Augen bedeckt; er war elegant gekleidet, hatte gewandtes, Vertrauen erweckendes Auftreten. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß Klein identisch ist mit einem angeblichen Richard Buchholz, welcher im Januar 1891 eine gefälschte Sammelliste für Neapel, angeblich im Auftrage der Dresdener und Deutschen Bank, hiesigen Bankfirmen präsentirte. Buchholz wurde beschrieben als etwa 35 Jahre alt, 1.70 m groß, schlank, dunkelblonde Haare und Schnurrbart; er trug Brille, sah jüdisch aus und machte den Eindruck eines Bankbeamten. Es wird ersucht, den p. Klein bei seinem Erscheinen festzuhalten und dem nächsten Schutzmann zu übergeben.

Belohnung. Namens der Provinzial-Land-Feuer-Sozietäts-Direktion wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß Demjenigen, welcher den oder die Urgeber der am 1. Februar c. auf dem Dominium Gnichwitz, und am 23. Februar c. in dem Gehöft des Schmiedemeisters August Fritsch in Gnichwitz stattgehabten Brände so zur Anzeige bringt, daß die gerichtliche Bestrafung erfolgt, eine Geldprämie von 300 Mark zugesichert wird.

Von der Oder. In verflossener Nacht zeigte das Termometer 9 Grad Kälte bei Nordostwind. Die Oder ist wieder mit Treibeis bedeckt; ein Teil desselben zieht über das Strauchwehr in die alte Oder, ein Teil durch die Stadt. Die aus Oberschlesien eingetroffenen Schiffe, welche vor den Schleusen lagen, sind gestern infolge des Treibeises durch den Dampfer „Prinz Heinrich" nach der Ohlemündung bugsirt worden, um dort einen sicheren Stand zu haben. Der Personendampfer „Kronprinz" traf trotz des Eises zur bestimmten Zeit heute Morgen hier ein. Der Schlung, sowie Ohle, Wasserfilter und alle stillen Gewässer sind mit einer Eisdecke überzogen. Die Ueberfähren und Sandbaggerungen mußten in Folge des Treibeises eingestellt werden. Gestern trafen am Schlunge noch mehrere Ziegel- und Holzkähne zur Entlöschung ein. Die Kälte bringt der Schifffahrt großen Nachteil.

Polizeiliche Meldungen. In das Polizeigefängnis wurden am 3. d. Mts. 57 Personen eingeliefert. — Gestohlen wurde: Einer Tischlergesellenfrau auf der Rosenstraße eine schwarze Hose. — Abhanden kamen: Einem Beamten am Louisenplatz eine goldene Damen-Remontoiruhr; einem Arzt auf der Kohlenstraße ein schwarzer Regenschirm; einer Dame auf der Tauentzienstraße 5 Dividendenscheine der Breslauer Diskonto-Bank. — Gefunden wurden: Eine Handtasche, ein wertvoller Sammetstreifen, ein Geldbetrag von 10 Mk., ein Portemonnaie mit Inhalt und ein Lotterieloos.

Breslauer Marktpreise vom 4. März per 100 Kilogr.

	gute		mittlere		geringe Waare	
	höchst	niedr.	höchst	niedr.	höchst	niedr.
	M.	M.	M.	M.	M.	M.
Weizen, weißer	22,20	21,90	21,10	20,60	19,20	18,20
Weizen, gelber	22,10	21,80	21,10	20,60	19,20	18,20
Roggen	22,00	21,60	20,90	20,60	19,60	19,40
Gerste	17,90	17,20	16,20	15,70	14,70	14,40
Hafer	14,80	14,30	14,00	13,50	13,—	12,50
Erbsen	21,—	20,30	19,50	19,—	18,—	17,50

Heu (neues) 2,40—2,80 Mk. pro 50 Kilogramm.
Roggenstroh 27,00—30,00 Mk. pro 600 Kilogramm.

Gerichtliches.

Breslau, 4. März. Landgericht. Strafkammer I. — Die Strafe der Angeklagten und des Zeugen. Eine Frau, die gegenwärtig in Reichenbach wohnt, hatte im Juli v. J. ihre hiesige Wohnung ohne Zahlung der Miete verlassen und einige von dem betreffenden Hauswirt beschlagnahmte Gegenstände gegen dessen Willen verkauft. Sie stand heut deshalb vor der Strafkammer. Der Gerichtshof hielt für die geständige Angeklagte eine Geldstrafe von 10 Mark eventuell 2 Tage Gefängnis für ausreichend; der Hauswirt jedoch, welcher nicht erschienen war und sein Ausbleiben erst in letzter Stunde damit entschuldigt hatte, daß er heut in Trachenberg verweilen müsse, wurde zu 30 Mark Geldstrafe eventuell 6 Tagen Haft verurteilt.

Spiritussteuer-Defraudation. Drei in einer hiesigen Spiritus-Raffinerie angestellte Personen, nämlich ein Fabrikwächter ein Böttchermeister und ein Inspektor, waren infolge einer durch seinen Apparatführer bei der Steuerbehörde erstatteten Anzeige in Anklagezustand versetzt worden, weil sie sich gemeinschaftlich der Spiritussteuer-Defraudation schuldig gemacht haben sollten, und standen heut als Angeklagte vor der II. Strafkammer. Der Tatbestand ist folgender: Am 30. September v. J. sollte in der Rektifizieranstalt die alljährlich zweimal angeordnete Aufnahme des Bestandes durch die damit beauftragten Steuerbeamten stattfinden. Vorher mußte der Fabrikwächter auf Anweisung des Böttchermeisters, welcher den Auftrag dazu von seinem Vorgesetzten dem Inspektor, erhalten hatte, aus dem Spiritus-Reservoir Nr. 22 ca. 1200 Liter Spiritus entnehmen und diesen 2 Fässer füllen. Die beiden Fässer wurden dann in einen entlegenen Teil des großen Fabrikgrundstücks gerollt und auf diese Weise den Blicken der revidirenden Beamten entzogen. Auf diese Weise soll jener Spiritus nicht zur Besteuerung gelangt sein. Die Angeklagten behaupten, die Füllung der beiden Fässer habe weder aus reinem Alkohol noch aus Spiritus bestanden, sondern es sei dies nur Fuselwasser und stinkendes Fuselöl gewesen. Die Herausnahme aus dem Reservoir sei lediglich zu dem Zweck erfolgt, dasselbe zur Erleichterung der Bestandsaufnahme völlig zu entleeren. Die zur Vernehmung gelangten Steuerbeamten behaupteten, es hätte ihnen jener angebliche Rückstand auch vorgezeigt werden müssen, weil derselbe 15 bis 67 Prozent reinen Alkohol enthalten habe. Hiergegen wendeten die Angeklagten ein, die Scheidung des Alkohols sei nur dadurch möglich, daß die Rückstandmasse wieder auf den Apparat komme und es würden daher die Alkoholprozente in späterer Zeit ohnehin zur Berechnung gekommen sein. Der Staatsanwalt hielt die beabsichtigte Steuerhinterziehung dadurch bewiesen, daß die betreffende Spiritusmenge den Beamten nicht vorgezeigt wurde. Da die Höhe der defraudirten Steuer nicht mehr festzustellen ist, so beanspruchte der Staatsanwalt gegen den Inspektor eine Geldstrafe von 300 Mk., gegen den Fabrikwächter 50 und gegen den Böttchermeister 30 Mk., event. für je 10 Mk. 1 Tag Gefängnis, außerdem aber für jeden der Angeklagten 2 Tage, bezw. 7 Tage Gefängnis. Das Urteil der Strafkammer lautete gegen alle drei Angeklagten auf Freisprechung, weil nicht als erwiesen angenommen wurde, daß die geringe Spiritusmenge zum Zwecke der Steuerhinterziehung bei Seite gebracht worden sei.

Schlesien.

Bunzlau, 4. März. Wie die „ordnungsliebende“ Presse mit lügenhaftem Klatsch gefüttert wird, beweist die „Schlesische Zeitung“ in ihrer Nummer vom 2. März unter „Bunzlau“ im „Provinziellen“, wo der hungerleidende Berichterstatter für eine Mark folgendes Blech den Lesern zum Besten giebt:

„Die sozialdemokratische Agitation macht sich neuerdings hierselbst recht bemerkbar, gestern fanden Vormittags und Nachmittags sozialdemokratische Versammlungen statt und abends wurde im „Odern“ ein Maskenball veranstaltet, der Anfangs ganz harmloser Natur zu sein schien, schließlich sich gleichfalls als Agitations-Versammlung entpuppte, so daß eine strenge polizeiliche Ueberwachung nötig wurde. — Ein eifriger Streikesetzer, der Setzer Hielscher ist gestern nach Görlitz übergesiedelt; bei seiner Abfahrt gaben ihm etwa 100 Genossen ein lärmendes Geleite. — In der Steinbildhauerei Zeidler und Wimmel haben etwa 50 Mann die Arbeit niedergelegt.“

Zu dieser Sudelei bemerkt ein bürgerliches Blatt, das „Bunzlauer Stadtblatt“, sehr richtig Folgendes:

Schauderhafte Berichte über angebliche Bunzlauer Vorgänge zirkuliren wiederum in den Blättern. Derselbe Preßkosak, welcher vor einiger Zeit in den Görlitzer Zeitungen die haarsträubendsten Artikel über die sogenannten Bunzlauer Ueberfälle am Postplatze veröffentlicht hatte, schreibt in heutiger Nummer der „Schl. Ztg.“ einen von A bis Z teils erlogenen, teils aufgebauschten Bericht über sozialdemokratische Agitation, über die Arbeitsniederlegung von 50 Mann im Zeidler u. Wimmelschen Etablissement 2c. Der edle Zeilenschnorrer hat auf diese Weise 10 Zeilen à 10 Pfg. gleich 1 Mark zusammengeschunden. Es ist bedauerlich, daß diese Art von journalistischen Handlangern sich nicht scheut, die Presse zu solchen ebenso unverschämten als blödsinnigen Ausführungen zu mißbrauchen, und das alles — um eine Mark!“

Es ist Tatsache, daß dieser Revolverjournalist mit der Feder aus seiner Sudelküche ein schauderhaftes Fabrikat geliefert hat. Da nun dieses Futter in allen kleineren Blättern wiedergegeben wird, so wollen wir hier an dieser Stelle die Wahrheit folgen lassen: Am Sonntag, den 28. Februar, hielt der Fachverein der Töpfer einen öffentlichen Maskenball im Odern ab, in welchem Genosse Hennig aus Breslau die Festrede hielt. Die humoristischen Vorträge von den Genossen Hennig und Wednet aus Breslau trugen dazu bei, daß der Saal bis zum letzten Platz gefüllt war. Da nun jedes öffentliche Vergnügen der polizeilichen Kontrolle unterstellt ist, so war es auch hier der Fall, daß der wachhabende Beamte hinkam, bei Vereinsvergnügen allein wäre er nicht hineingekommen. — Die Bemerkung in Bezug auf den Setzer Hielscher wird noch ein kleines Nachspiel mit dem 10 Pfg.-Zeilenschnorrer haben. Dem scheidenden Kollegen gaben nur 14 Kollegen, 3 Frauen den Abschied auf dem Bahnhof, wo wir uns zusammengefunden hatten und wo gleichzeitig der Sohn seines hiesigen Chefs anwesend war, welcher von einem Lärm nichts wahrgenommen hat, trotzdem er in unmittelbarer Nähe stand. — Betreffs des Steinmetzstreiks diene zur Nachricht: Bei Zeidler und Wimmel hat kein Mann die Arbeit niedergelegt, nach eingezogenem Erkundigungen bleibt der Tarif vom vorigen Jahre bis auf Weiteres bestehen. — Die Kategorie, welcher dieser schauderhaft liebenswürdige Herr angehört, befleißigt sich doch größtenteils einer vollständigen Objektivität, welcher sich dieser Herr nun auch endlich einmal befleißigen möchte, da ihm erst vor Kurzem mit Urteil des Reichsgerichts wegen Aufschneiderei gegeben worden ist. Hoffentlich wird diesem Preßkosaken auch in Bunzlau bald die Schlinge um den Hals gelegt für seine schauderhafte Sozialistenfresserei.

Königszelt, 2. März. Das Malerpersonal der hiesigen Porzellanfabrik hat am Sonnabend die Arbeit niedergelegt, da ein gütlicher Vergleich zwischen einer abgesandten Deputation des Arbeiterpersonals und dem Chef nicht zu Stande kam. Von den 75 Malern sind 31 verheiratet. 12 Familien mußten am 1. März die Wohnungen in den Familienhäusern räumen.

Königshütte, 4. März. Am Donnerstag kam hier der erste Todesfall an Menschenpocken vor. Fünf Krankheitsfälle sind bereits polizeilich angemeldet; in der letzten Stadtverordnetensitzung wurde infolge eines dringenden Schreibens des praktischen Arztes Dr. Glowalla der Magistrat ersucht, die hier bestehende, seit Jahren nicht mehr in Funktion getretene Sanitätskommission zusammenzuberufen und alle geeigneten Maßnahmen gegen die Verbreitung der Seuche zu ergreifen.

Liebau, 4. März. Wieder eine „Säule der Ordnung“ die „zum Himmel einging“. Der freiwillig aus dem Leben geschiedene Amtsvorsteher und Gutsbesitzer Eckert aus Dittersbach bei Liebau hat zahlreiche Wechselfälschungen begangen. Die dadurch in Mitleidenschaft gezogenen Firmen in Liebau und Landeshut dürften allem Anscheine nach bedeutende Verluste erleiden. Kurz vor seinem Tode hat Eckert die amtlichen Bücher, die er zu führen hatte, verbrannt.

Myslowitz. Ein „Wohltäter.“ Im September v. J. hatte der Baron Lothar v. Seebach aus Wien, als Bevollmächtigter des Ländereibesitzers Friedmann in Arabien, 26 junge kräftige jüdische Auswanderer aus Rußland angeworben und dieselben durch den preußischen Sergeanten Thiel, welcher bei der Schutztruppe in Ostafrika gedient hatte, in Krakau militärisch ausbilden lassen, um sie sodann angeblich auf seinen Ländereien in Arabien zum Schutze gegen Raubgesindel zu verwenden. Nach beendeter Ausbildung wurden die Leute militärisch eingekleidet und begleitet von dem Sergeanten Thiel und dem österreichischen Unteroffizier Mahler durch das hiesige Hilfskomitee bis Suez befördert, wo dieselben noch mit anderen, ebenfalls angeworbenen Trupps zusammentrafen und die Verheirateten ihre Frauen und Kinder zurückließen. Von Suez aus wurden die Männer nach Schmelmoi (Medien), wo sich das sogenannte Friedmann'sche „Hofleger“ befand, befördert. Kaum an Ort und Stelle angelangt, erfuhren die armen Leute eine barbarische Behandlung. Bei schmaler Kost, welche zumeist aus Zwieback und Reis bestand (Fleisch haben sie während ihres dreiwöchentlichen Aufenthalts daselbst nur einmal in ganz geringen Portionen erhalten), wurden dieselben zu den schwersten Arbeiten verwendet und, wenn sie vor Ermattung nicht fortkonnten und liegen blieben, von dem Bevollmächtigten Herrn Baron und dem Sergeanten Thiel mit Peitschenhieben angetrieben. Einer von der Truppe, Namens Rabinewitsch, welcher vor Ermattung zusammenbrach, sich aber aufraffte und an Friedmann mit der Bitte herantrat, bei der schweren Arbeit doch bessere Kost zu gewähren, erhielt von diesem Fußtritte, worauf ihm die Kleider vom Leibe gerissen wurden und seine Austreibung unter rohen Mißhandlungen erfolgte. Von einem Beduinen verpflegt, erholte er sich und wurde auf sein Ansuchen wieder in das Lager zurückgebracht, wo er Friedmann um Verzeihung bat, aber nicht wieder aufgenommen wurde. In nächstfolgender Nacht verschwand R. und blieb auch verschwunden. Nach solchen Vorgängen verlangten die Leute zurückgeschickt zu werden; sie wurden vor Friedmann geführt, der sich — eine Krone auf den Kopf gesetzt hatte und an dessen Seite sein Bevollmächtigter Baron von Seebach und Thiel saßen, welche über die Leute „Kriegsgericht“ hielten. F. befahl ihnen, sofort die Uniform auszuziehen, worauf sie, nur mit Hemd und Unterhosen bekleidet, fortgewiesen wurden. In Suez langten sie halb verhungert und ermattet an. Sie wurden daselbst von dem Vorsitzenden des Hilfskomitees, Rafael Delburga, aufgenommen. Nachdem sie sich einigermaßen erholt hatten, wurde die Truppe photografirt und die Photografie nebst dem aufgenommenen Protokoll an den Vorsitzenden des hiesigen Hilfskomitees, Kaufmann L. Plonsker, übersandt, welcher sofort veranlaßte, daß die Leute hier zurückdirigirt wurden. Von den 26 Auswanderern kamen nur 13 hier an, da 9 Mann in Triest im Lazaret blieben und, wie oben erwähnt, einer von ihnen in Midian verschwunden ist, vermutlich seinen Tod gefunden hat. Hier wurden die Auswanderer eingehend zu Protokoll vernommen und nachdem sie sich in guter Pflege erholt hatten und neu bekleidet worden waren, erfolgte ihre Beförderung mit dem nächsten Auswanderer-Transport nach Amerika. Hoffentlich geht es den armen Juden dort besser.

Gleiwitz, 4. März. Ein furchtbares Großfeuer, wie es hier die ältesten Leute noch nicht erlebt haben wollen, ist gestern in der Nacht um 11 Uhr auf der Kronprinzenstraße in der Groß-Dampf-Mehlmühle von Rawoport u. Danziger ausgebrochen. Die ganze weite Umgegend ist in eine Tageshelle verwandelt, da die turmhohen Feuersäulen prasselnd hoch emporgeschleudert werden. Eine nach Tausenden zählende Menschenmenge belagert die Kronprinzenstraße, und kann leider nichts helfen, da der Innenraum nur ein wogendes Feuermeer ist. Auch mehrere Feuerwehren sind am Platze, können aber auch nichts weiter tun, als die daneben liegenden Gebäude, zumal die gleich daran stehende Dampf-Mehlmühle von S. Münzer, zu beschützen. Obgleich der Brand erst eine Stunde wütet — es ist jetzt gerade 12 Uhr Nachts — ist doch schon auch das Hauptgebäude an der Kronprinzenstraße in seiner ganzen Ausdehnung von zirka 90 Metern in seinen oberen Stockwerken vom Feuer erfaßt. Furchtbar brennt jetzt das Mehl- und Getreidelager. Letzteres verbreitet ein weithin hörbares Knistern. Im Hauptgebäude fallen soeben die äußeren Stockwerke zusammen. Brennende Mehl- und Getreidevorräte ergießen sich jetzt auf die Kronprinzenstraße. Mehrere Gebäude auf dem Mühlplatze sind bereits zusammengestürzt. Sämmtliche Gebäude scheinen hier verloren zu sein. Bei dem plötzlichen Umsichgreifen des Feuers konnten nur einige Möbelstücke, ein Frachtwagen und sämmtliche Zugpferde gerettet werden. Nur mit Mühe trug man einige ohnmächtige Leute aus dem Flammenmeer heraus. Der Mühlenbesitzer Danziger hat sich, als er die Kassenbestände retten wollte, arg beschädigt. Es sollen sowol sämmtliche Gebäude, als auch alle Mehl- und und Getreidevorräte bei mehreren Gesellschaften nahezu mit einer Million Mark versichert sein. Durch die Feuersbrunst wurden nicht nur große Nahrungsvorräte vernichtet, sondern es dürften auch etwa 150 Arbeiter und mehrere Familien vollständig brotlos werden. Soeben vereinigen sich jetzt sämmtliche Feuerlöschmannschaften dazu, die anliegenden Gebäulichkeiten, welche mit brennenden Mehl- und Getreidemassen förmlich überschüttet werden, da ein starker Wind weht, zu retten. Am meisten gefährdet ist die Ludwig-Josefs-Hütte, die Münzersche Dampfmühle und die Schuderthsche Besitzung auf der Kronprinzenstraße Nr. 10.

Freiburg. Am Sonntag, den 28. Februar, fand hier eine, vom Ortsverein der Töpfer (H.-D.) einberufene öffentliche Versammlung statt, in welcher der freisinnige Redakteur Adler aus Schweidnitz einen Vortrag über „die Ziele der maßvollen Arbeiterbewegung“ hielt. In seinem etwa ½ Stunde dauernden Referate suchte derselbe den Nachweis über den großen Nutzen der Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine zu führen. Derselbe brachte natürlich nur die von den Harmonie-Aposteln abgedroschenen Phrasen zum Vorschein, womit man keinen Hund hinter dem Ofen hervorlocken kann. Zum Schluß forderte er die Anwesenden, die zum größten Teile aus Sozialdemokraten bestanden, auf, sich dieser Richtung anzuschließen, ehe es zu spät sein würde, und an deren Stelle die „maßlose“ Arbeiterbewegung treten würde. — Wegen Mangel an Zeit (besser: Feigheit) wurde keine Diskussion gestattet. Mit der größten Hast wurde die Versammlung geschlossen. — Die Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine führen in unserer Stadt nur noch ein Scheindasein, da dieser Richtung ungefähr fünfzehn Personen angehören. — Abends fand eine Versammlung des „Freiburger Arbeitervereins“ statt, in welcher der besuchsweise anwesende Genosse Sendler einen Vortrag über die moderne Arbeiterbewegung hielt, welcher beifällig aufgenommen wurde. In der Diskussion kennzeichnete Genosse Michaelis das feige Gebahren der „Freisinnigen“, indem er auf die vorher stattgefundene Versammlung hinwies und widerlegte dann die Ausführungen des Redakteurs Adler. Namentlich betonte derselbe: Obgleich die Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine die größte Bewegungsfreiheit haben und daher für ihre Zwecke die ausgiebigste Agitation entfalten konnten, haben sie die Arbeiter nicht von ihrer Ansicht überzeugen können, im Gegenteil, anstatt größer zu werden, ist der Verband immer mehr und mehr zurück gegangen, bis derselbe überhaupt aufhören werde, zu bestehen. Redner forderte alle Genossen auf, sich der modernen Arbeiterbewegung anzuschließen, welche wirksam bestrebt ist, die Lage der arbeitenden Klassen zu heben.

Beuthen O.-S., 2. März. So sind sie — die „Ordnungssäulen!“ Von der hiesigen Strafkammer wurde am Sonnabend der Kaufmann Glaser aus Siemianowitz, Besitzer von 10 Häusern, wegen Betruges zu einer Gesammtstrafe von 3 Wochen Gefängnis und 500 M. Geldbuße verurteilt. In den beiden ihm nachgewiesenen Betrugsfällen hat, wie man berichtet, der Angeklagte der einen Zeugin, welche 16 Pfd. Mehl verlangte, nur 14½ Pfd. gegeben und sich für 16 Pfd. bezahlen lassen, während er auf dieselbe Weise die zweite Zeugin, welche 6 Pfd. Mehl verlangte, um 1¾ Pfd. betrogen hat. Die mit angeklagte Ehefrau des Angeklagten wurde freigesprochen. Die Beweisaufnahme war eine umfangreiche, denn 37 Zeugen bezw. Sachverständige wurden gehört.

Rybnik, 4. März. Von in russischen Grenzorten ansässigen Deutschen wird erzählt, daß daselbst auf eine Anzeige von hier aus eifrig nach nihilistischen Proklamationen und deren Verbreitern gefahndet wurde.

Der Landrat von Bendzin nimmt mit Kosaken Haussuchungen vor. Bei mehreren Werkbeamten wurden aufrührerische Schriften gefunden und deren Besitzer sofort abgeführt. Einer der Verhafteten ist ein Ingenieur Lelewel, der Betriebsleiter einer seiner Zeit den Kramsta'schen Erben gehörigen Hütte bei Dombrowa. Ob das wahr ist, steht noch zu bezweifeln.

Ohlau. Am Montag, den 29. Februar c., fand hierselbst im Gasthof „Zum weißen Roß“ eine öffentliche Tabakarbeiter-Versammlung statt. Kollege Graf eröffnete dieselbe um 8½ Uhr mit der Tagesordnung: „Das Gewerbeschiedsgericht“ und Verschiedenes. Nachdem das Bureau durch die Kollegen Graf, Organist und Fischer gewählt war, ergriff Graf zum ersten Punkt der Tagesordnung das Wort und meinte, den meisten wird es wol bekannt sein, daß wir jetzt vor den Wahlen zum Gewerbeschiedsgericht ständen und daß die Bestimmungen ja nicht so sind, wie sie sein sollten. Aber es wäre damit ein kleiner Anfang getan, es soll aus der Hälfte von Arbeitern und aus der Hälfte von Arbeitgebern bestehen. Sodann las Redner das Ortsstatut vor und kritisirte einige wichtige Paragrafen, so unter anderen den Paragrafen, welcher besagt: „in denjenigen Gewerben, wo ein Innungs-Schiedsgericht schon besteht, sind Wahlen zum Gewerbe-Schiedsgericht nicht zulässig.“ Wie schon durch das hiesige Amtsblatt bekannt gemacht wurde, dürfen die Maurer und Zimmerarbeiter sich bei der Wahl nicht beteiligen. Dann las Redner einige Paragrafen aus der neuen Gewerbeordnung vor und wies dabei auf die Unregelmäßigkeiten in den hiesigen Fabriken hin, so z. B. betreffs der Sonntagsarbeit bei den Arbeitern unter 21 Jahren. Von der Wahl der Kandidaten wurde Abstand genommen, um in der noch stattfindenden Gewerkschaftsversammlung die geeignetsten Kandidaten in Vorschlag zu bringen. Kollege Woitscheck ermahnte die Anwesenden und meinte, daß es Pflicht sei, die Wahl nach Möglichkeit auszunützen. Er beleuchtete ferner die Interessenlosigkeit der hiesigen Tabakarbeiter. Redner bemerkte noch er werde Listen in Umlauf setzen, damit es Jedem erleichtert werde, sich bei der Wahl zu beteiligen. Fischer will die Bekanntmachung betreffs der noch stattfindenden Gewerkschaftsversammlung im hiesigen Amtsblatt veranlassen. Sodann bedauerte Graf den schwachen Besuch der Versammlung, unter andern hauptsächlich von den Zigarrensortirern, von welchen ein einziger anwesend war. Die Herren Zigarrensortirer gehören wahrscheinlich ihrer Ansicht nach nicht zu den Tabakarbeitern. Sie wollen am liebsten die Zigarrenarbeiter zu Arbeitern zweiter Klasse degradirt wissen. Da sich Niemand mehr zum Worte meldete, schloß der 2. Vorsitzende die von etwa 30 Personen besuchte Versammlung von 950 hier befindlichen Tabakarbeitern. **R. T.**

Posen.

Bromberg, 4. März. Der heute früh 5¾ Uhr fällige Personenzug lief kurz vor dem Bahnhofe auf einen im Geleise stehenden Güterzug auf. Ein Heizer, ein Bremser, ein Postschaffner sind tot, ein anderer ist schwer verletzt. Passagiere wurden nicht verletzt. Die Geleise sind gesperrt.

Bromberg, 4. März. Die Unfallstelle des Schnellzuges 61 bei Bromberg ist aufgeräumt. Die Strecke ist wieder für den Verkehr frei.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 4. März.

Heirats-Ankündigungen. I. Rangirer Karl Sabowa, kath., Kleine Groschengasse 12, und Maria Breuer, kath., Claassenstr. 1. — II. Kaufmann Gustav Ziermann, ev., zu Eisenberg, und Marie Hagitte, ev., Alexanderstr. 25. — Postunterbeamter Hermann Lengefeld, ev., Neudorfstr. 95a, und Anna Hampel, ev., Augustr. 20. — Bahnarbeiter Wilhelm Lindner, ev., Löschstr. 26, und Anna Jenke, ev., Hubenstr. 14. — III. Tischler Carl Hoffmann, k., Kleine Scheitnigerstr. 58, und Luise Balloch, ev., Palmstr. 17. — Müller Karl Scharte, k., Blücherstr. 73, und Mathilde Petschel, ev., Berlinerstr. 26 Kutscher Franz Kreisel, k., Försterstr. 7, und Pauline Beier, ev., Adalbertstr. 26.

Eheschließungen. II. Mechaniker Gustav Riebel, k., mit Elisabeth Pischke, ev., hier. — Lehrer Paul Weiß, k., zu Schoppinitz, und Matha Wolke, k., hier. — Schneidermeister Salomon Fränkel, mos., und Johanna Butzek, kath., hier. — Arbeiter Carl Böhm, k., und Hedwig Wittek, kath., hier. — III. Zimmermann August Langner, ev., mit Ottilie Pabuch, geb. Flieger, ev., hier.

Geburten. I. Fleischer Erdmann Walter, ev., S. — Schmied Paul Winieck, kath., T. — Bahnarbeiter Johann Plachetka, kath., S. — Werkmeister Heinrich Turk, ev., T. — Kutscher August Kroneberg, ev., S. — Bahnarbeiter Robert Kunze, evang., S. — Stellmacher August Köhler, k., S. — II. Droschkenbesitzer August Barofka, evang., T. — Schlosser Hermann Simon, ev., S. — Viktualienhändler August Hanke, ev., S. — Haushälter Heinrich Beier, ev., T. — Druckerei-Arbeiter Gustav Gärtner, ev., Drillinge, 3 Söhne. — Restaurateur Johann Lotalla, k., T. — Schuhmacher Carl Becker, k., S. — Destillateur Siegfried Berg, jüd., S. — Buchhalter Gustav Walter, ev., S. — Schuhmacher Wilhelm Hellmuth, kath., S. — Tischler Hermann Winkler, evang.-luth., T. — III. Tischler Hermann Scholz, k., S. — Schiffseigner August Hanschke, k., S. — Wasserleitungs-Unternehmer Robert Hoche, evang., T. — Bureau-Vorsteher Oskar Wuttke, evang., S. — Gärtner Julius Brückner, ev., S. — Klempnermeister Carl Ilgner, k., S. — Restaurateur Paul Schulwitz, evang., S. — Feuerwehrmann Paul Wiesner, evang., T. — Kutscher Jacob Prokop, k., T. — Kutscher Hermann Rose, ev., T. — Mathematiker Albert Hartmann, evang., T. — Kutscher Ferdinand Koblitz, kath., S. — Bäcker August Buban, k., T. — Schiffer Wilhelm Scholz, ev., S. — Schriftsetzer Felix Arene, ev., T. — Arbeiter Anton Schöps, kath., S. — Schuhmacher Otto Gsell, kath., T. — Schuhmacher Robert Martin, evang., S. — Brauer Emil Raabe, evang., S. — Schuhmachermeister Matthias Schwengberg, kath., T.

Todesfälle. I. Stud. theol. Paul Großkopf, 21 J. 3 M. — Malermeistersfrau Marie Ferber, geb. Barrabas, 84 J. 5 M. — Schmied Wilhelm Mücke, 68 J. 6 M. — Paul, S. des Hilfsheizers August Hermann, 6 M. — Richard, S. des Buchbindermeisters Max Quisinsky, 3 M. — Arbeiterin Theresia Krusch, 46 J. 4 M. — Dienstmädchen Clara Glieb, 19 J. 7 M. — Carl, S. des Arbeiters Carl Bunk, 3 M. — II. Lohgerberwitwe Caroline Nikolaus, geb. Salzmann, 85 J. — Bertha, T. des Müllers Wilhelm Lucius, 11 J. — Partikulierwitwe Charlotte Oschinsky, geb. Wachsner, 74 J. — Früh. Kunstgärtner Gustav Seibel, 37 J. — Schriftsteller Rodrigo Rudelius, 58 J. — Joachim, S. des Kaufmanns Eugen Kranz, 7 M. — Eberhard, S. des Schlossers Hermann Simon, eine halbe Stunde. — Rangirer Robert Bell, 32 J. — Martha, T. des Amtsgerichts-Kanzlei-Gehilfen Ernst Schulze, 11 M. — Maurermeister Oscar Matulke, 47 J. — III. Verkäuferin Marie Poppel, 21 J. — Max, S. d. Rathsdieners Hermann Scholz, 4 Wochen. — Elfriede, T. d. Tischlers Wilhelm Langner, 1 J. — Schlossermeisterwitwe Julie Glockmann, geb. Scholz, 78 J. — Bertha, T. des Arbeiters Karl Pawlitke, 1 M. — Rendant Sylvius Leehr, 52 J.

Vereins-Kalender.

Altwasser. Kommunalwähler-Versammlung am Sonntag den 6. März, Nachmittags 4 Uhr im Gasthof zum eisernen Kreuz. Vortrag von Michaelis-Freiburg: Ueber Kommunalwahl und Gewerbeschiedsgerichte. Aufstellung von sechs Kandidaten zur Kommunalwahl. Um zahlreiches Erscheinen aller Arbeiter von hier wird ersucht.

Liegnitz. Gewerkschafts-Klub. Sonntag, 6. März: Gesellschaftsabend im Gasthof „zu den drei Bergen“. Freunde sind hierzu freundlichst eingeladen.

Breslau. „Es werde Licht!“ Sozialdemokratischer Klub der im Buchdruckergewerbe beschäftigten Arbeiter. Montag, den 7. März, Abends 8½ Uhr Versammlung im Gasthaus „zu den drei Tauben“, Neumarkt. Tagesordnung: 1. Vortrag eines hiesigen Parteigenossen. 2. Diskussion darüber. 3. Ergänzungswahl zum Vorstande. 4. Freie Anträge. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß in dieser Versammlung die Monatsbeiträge erhoben werden und erscheint daher vollzähliges Erscheinen der Mitglieder notwendig. Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder.

Breslau. Skatklub „Rote Hand“. Montag, Abends 8 Uhr, Berliner Chaussee 1.

Briefkasten.

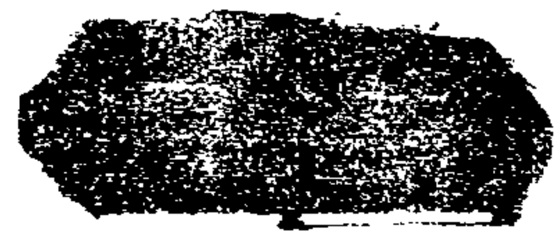
Redaktion für den lokalen Teil.

G. J., hier. Die mitgeteilten Vorgänge stellen sich als eine grobe öffentliche Beleidigung dar, gegen die Sie im Interesse Ihrer Ehre den gesetzlichen Schutz anrufen müssen. Sie haben daher von den stattgehabten Vorgängen einfach die Staatsanwaltschaft in Kenntnis zu setzen, die im Interesse der Oeffentlichkeit wahrscheinlich die Anklage erheben dürfte.

Karl Nowack
Photographisches Atelier
Breslau, Lehmgrubenstr. 64
empfiehlt sich zur Aufnahme aller Arten Photographien.
Sauberste Ausführung. Billigste Preise.
Kinder-Moment-Aufnahme.

S. Danke's Sargmagazin,
Klosterstrasse 13,
12 empfiehlt sein Lager von

Särgen
in allen Holzarten zu nur reell billigen Preisen.

H. Gummich's Sargmagazin
Nr. 4. Messergasse Nr. 4.

empfiehlt feingroßes Lager von
Särgen in jeder Ausführung
zu ausnahmsweise 2
billigen Preisen.

„Vorwärts“
Fabrik-Marke
Südwestdeutsche Produktiv-Vereinigung
für
Cigarren-Fabrikation
Mannheim.
Generalvertretung: August Dreesbach, U 1, 9
empfehlen den Genossen und Freunden ihre Fabrikate aufs angelegentlichste. Versandt nach allen Orten Deutschlands.
Vertreter an allen Orten gesucht.

Gemischtes Brot
(Weizen Roggen Mais)
4 Pfd. 50 Pfg.
A. B. Schierse,
Neuschestraße 10.

Kaffee!
vorzüglich, stets frisch geröstet, das Pfd.
120, 130, 140 Pf.
Karlsbader Mischung 150—160
Menado, Ceylon 170—180
29 Pf.
das Pfund feinster, weißer Farin,
18 Pf.
das Liter garantirt rein amerikan. Petroleum,
Schmalz 54 Pf.
ff. Weizenmehl 00 17 „
Backobst 23 „
Pflaumen 18 „
17 **E. Kottulinsky.**
Schwertstraße, Ecke Karuthstraße.

Cigarren
vorzüglich in Brand und Aroma
3 Stück 10 Pfg.
empfiehlt
J. Knossalla, Lohestr. 3.
16 Filiale: Höfchenstr. 25
Ecke Friedrichstr.

Cigarren!
zu äußerst billigen Preisen.
Nimrod, pro 100 St. 3,50 M.
Bella Rosa, „ „ „ 3,80 „
Schneidig. „ „ „ 4,00 „
10] empfiehlt die Handlung
A. Storek, 10
Breslau, Schuhbrücke 53,
Ecke Kupferschmiede-Straße.

Möbel-Tischlerei
und Lager selbstgefertigter **Möbel** in allen Holzarten, stilgerechte Ausführung und solide Preise
empfehlen
C. Florian & E. Blase,
Tischlermeister.
Mathiaskunst 3 und Kupferschmiede-Straße 11.

Offerire allen Genossen billigst:
Porträts v. Lasalle, Marx, Bebel, Liebknecht, sowie allen bedeutenden Männern der Socialdemokratie. Sinnsprüche in eleganter Stickerei und geschmackvoller Einrahmung.
Ferner empfehle gut regulirte Wand- und Taschenuhren, Schlagwerk-Regulatoren zu den koulantesten Preisen, auch auf Teilzahlung. Bei Versendungen in die Provinz Emballage frei.
Ernst Stelzer, Kohlenstr. 14, part.

Uhren!
Durch Einkauf von Pfandscheinen, von allen Arten Uhren, Gold- und Silbersachen, bin ich in den Stand gesetzt, zu außergewöhnlichen, billigen Preisen zu verkaufen: Goldene und silberne Herren-Remontoir-Uhren, Cylinder-Uhren, goldene u. silberne Damen-Remontoir-Uhren, Regulatoren, Wand- u. Wecker-Uhren, goldene Ringe, Ohrringe, Trauringe, goldene Ketten, Kreuze u. s. w. verkaufe ich bedeutend billiger als jedes andere Geschäft.
E. Hoppe,
Messergasse 12, 20
dicht an der Schmiedebrücke.

J. Kaluza
Schuhmachermstr.,
Höfchenstraße 1

empfiehlt
sein großes Lager
20b) Schuhwaaren
für Herren, Damen und Kinder.
Konfirmanden-schuhe
in großer Auswahl
zu billigsten Preisen.

Künstliche Zähne und Plomben
Theilzahlungen bewilligt. 21
Schmerzloses Zahnziehen zc. Reparaturen in 15 Min. Borz. d. Inj. Preisermäß.
W. Dreger, Matthiasstraße 93
vis-à-vis der Oberthorwache.

Dauerhafte
Stiefel und
Gamaschen
kauft man am reellsten und billigsten nur bei
Adolf Gottwald
Hoflieferant
Naschmarkt

Achtung!

Sozialdem. Arbeiterverein Breslau.

Sonntag, den 6. März, Nachmittags Punkt 1½ Uhr findet ein

Ausflug und Agitationstour

statt, wozu die Genossen aufgefordert werden, recht zahlreich zu erscheinen, denn es gilt, unsere Ideen in weitere Kreise zu tragen. Sammelplatz: **Wilke's** Restauration, Gräbschener Chaussee. **Der Vorstand.**

Die angekündigte

Volksversammlung

in Langwaltersdorf

muß Verkehrshindernisse halber ausfallen. Genosse **Thiel** wird statt dessen in **Altwasser** einen Vortrag halten.

Wir bitten dies allseitig beachten zu wollen.

Allgem. Arbeiterverein, Altwasser.

Sonntag, den 6. März, Nachm. Punkt 3 Uhr:

Grosse Mitgliederversammlung

im Gasthof zum **„Deutschen Kaiser."**

Tagesordnung:

1. Vortrag.
2. Besprechung über Unterstützung hilfsbedürftiger Mitglieder.
3. Beschlußfassung über das Stiftungsfest.
4. Die säumigen Mitglieder werden auf den § 10 des Statuts aufmerksam gemacht, wonach diejenigen, welche länger als 3 Monate im Rückstande bleiben, ausgeschlossen werden können.
5. Verschiedenes.

Referent: Karl Thiel.

Um unseren Mitgliedern die Teilnahme einer am Orte einberufenen Kommunalwähler-Versammlung, welche um 4 Uhr anberaumt ist, zu ermöglichen, bitten wir um pünktliches Erscheinen der Mitglieder.

Der Vorstand.

Altwasser.

Kommunalwähler-Versammlung

am Sonntag, den 6. März, Nachmittags 4 **Uhr im Gasthof zum eisernen Kreuz.**

Vortrag von Michaelis-Freiburg über Kommunalwahl und Gewerbeschiedsgerichte.

Aufstellung sechs Kandidaten zur Kommunalwahl. — Um zahlreiches Erscheinen aller Arbeiter von hier ersucht

Entree 5 Pf. **Der Einberufer.**

„Es werde Licht!"

Sozialdemokratischer Klub der im Buchdruckgewerbe beschäftigten Arbeiter.

Montag, den 7. März, Abends 8½ Uhr

Versammlung

in Eblichs Brauerei „zu den 3 Tauben" auf dem Ziegenmarkt.

Tagesordnung:

1. Vortrag eines hiesigen Parteigenossen. 2. Diskussion darüber. 3. Ergänzungswahl zum Vorstande. 4. Freie Anträge.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß in dieser Versammlung die Monatsbeiträge erhoben werden und erscheint daher vollzähliges Erscheinen der Mitglieder notwendig.

Gäste willkommen. — Aufnahme neuer Mitglieder. **Der Vorstand.**

Bekanntmachung für Maler und Lackirer.

Die Vereinsversammlungen

der Maler, Lackirer 2c., erste Filiale Breslau, **finden nicht mehr Montags bei Schubel, sondern jeden Donnerstag im Vereinslokal, Neumarkt Nr. 8, Eblich's Brauerei „Zuden drei Tauben" statt.**

Um zahlreiches Erscheinen aller Mitglieder ersucht

Der Vorstand.

Breslauer Freidenkerbund.

Dienstag, den 15., Mittwoch, den 16. und Donnerstag, den 17. März, Abends 8½ Uhr,

Vorträge des Herrn

Professor Dr. Ludwig Büchner aus Darmstadt:

1. Fortschritte und Bedeutung der Naturwissenschaften im gegenwärtigen Jahrhundert.
2. Der vorgeschichtliche Mensch.
3. Ueber wahre und falsche Wunder.

Die beiden ersten Vorträge finden im **großen Saal der „Neuen Börse"**, der dritte in **der Erbauungshalle der freien Gemeinde,** Schmiedebrücke 6, statt.

Eintrittskarten zum Preise von je 1,50 Mk., reservirter Platz je 0,50 Mk., einfacher Platz auf 0,30 Mk. — für Vereine ermäßigt — werden ausgegeben

1. Im **Bureau des Herrn Rechtsanwalt Marcuse, Hummerei 1.**
2. In der **Expedition der „Breslauer Gerichtszeitung", Ring 27.**

Der Vorstand.

Ortskrankenkasse der Töpfer.

General-Versammlung

Freitag, den 11. März cr., Abends 7 einhalb Uhr im Lokal des Herrn **Demuth** Weidenstraße Nr. 17.

Zur Tagesordnung steht:

1. Abnahme der Jahresrechnung pro 1891.
2. Genehmigung der vom Vorstande festgesetzten Verträge.
3. Regelung der Krankenkontrolle.
4. Geschäftliches.

Sämmtliche Herren Vertreter sind hierzu freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.

Die Jahrgänge 1890 u. 1891 der Volkswacht

werden gebraucht. Genossen, welche im Besitz derselben sind, werden ersucht, sie der Expedition zur Verfügung stellen zu wollen.

Großer Ausverkauf.

Für Arbeiter und Arbeiterinnen.

Zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

	früher.	jetzt.
Hausröcke ½ m Satz gefüllt	4,25—5,00	3,50—4,00 Mk.
reinleinene Damen-Schürzen	1,25—1,50	1,10—1,25 „
mit Lat. Achselbänder u. Tasche	2,25—2,00	1,90—1,77 „

reinleinene blaugeb. Küchenschürzen, Herren- u. Damenbeinkleider (Barchend), woll. Herren-, Damen- u. Kinderstrümpfe — alles zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

sowie tausend andere Artikel

Nur Holteistraße 32, Posamentir-Geschäft.

!!! Knaben !!!

Anzüge, Paletots, Hosen

zu billigen aber festen Preisen.

Knaben-Garderoben-Bazar,

Schmiedebrücke 58, Stadt Danzig.

Arbeiter! Genossen!

Auf Theilzahlung

gebe Schlagregulator, sowie **Herren- und Damen-Remontoiruhren** für **26 Mark** (gewöhnlicher Preis in anderen Geschäften 36 Mark), **Musikwerke aller Art** unter zweijähriger schriftlicher Garantie **Gold- und Silbersachen, Möbel aller Art, Herren-Garderobe** sehr billig.

Karl Michalke,

Altbüßerstraße 39, parterre.

NB. Bestellungen bitte mir brieflich zu übersenden, da ich den Tag über stets geschäftlich von zu Hause abwesend bin.

Max Weich, Schmiedebrücke Nr. 19

Zur Silbernen 19.

Jeder Concurrenz die Spitze bietend, verkaufe zu **billigsten festen** Preisen sämmtliche Artikel in

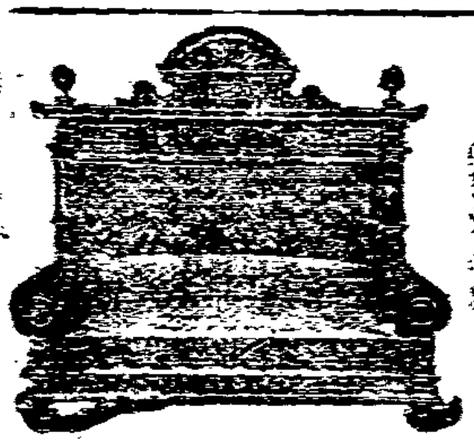
Herren- u. Knaben-Garderobe.

Anfertigung nach Maaß in eigener Werkstatt in kürzester Zeit.

Fracks und complette schwarze Anzüge werden verliehen.

Max Weich, Schmiedebrücke Nr. 19

Zur Silbernen 19.



Sopha

gut und dauerhaft gearbeitet, von 18 Mark an, polirte Bettstellen mit Matratze und Kissen von 27 Mk. an, Schränke, Tische, Spiegel, Küchenmöbel billigst nur

Kirchstraße 22. 14

Schindler, Tapezierer.

Berliner in Breslau

„Donnerwetter Paraplui!
Wat für'n Glanz! Det Chic, det Pli;
Hier in Breslau sind die Herrn
Mehr ja noch wie wir modern?
Det is ja 'ne dolle Sache!
Wer kennt hier die Kleider-Rache?—
— Meine Herrn Berliner, seht
Hier herrscht noch Reellität,
Billigkeit, Gediegenheit
Und man kauft zu heut'ger Zeit
Herrn-Garb'robe hier hochfein
In „Gold-Vierundsiebzig" ein!

Jetzt im Ausverkauf.

Herren-Winter-Paletots von 10 Mark an, 1a. wie nach Maaß gefertigt von 18 Mark an, Schnwalofs mit Pellerine, Herren-Herbst-Anzüge von 10 Mark an, feine Winter-Anzüge von 16 Mk. an, Braut-Anzüge in Tuch und Kammgarn von 25 Mark an, sehr gute von 33 Mk. an, Herren-Jaquets von 5 Mk. an, Winter-Jaquets mit Wollfutter von 8 Mark an, Schlafröcke von 8 Mark an, Herren-Buckin-Hosen v. 3 Mk an, gute Winter-Hosen von 5 Mark an, Hosen und Westen von 6 Mark an, moderne von 8 Mk. an, Knab.-Winter-Paletots mit Besatz v. 3 Mk. an, Anzüge für j. Alter von 2.50 Mark an, Kellner-Fracks und Anzüge. Versandt nur unter Nachnahme. Umtausch bereitwill. jed. Zeit.

Confiemanden-Anzüge in jed. Größe.

Wir empfehlen unser

Frack-Verleih-Institut,

und verleihen elegante, moderne

neue Fracks à 2 Mark

in jeder Größe und Weite.

„Goldene 74"

1. Etage, Ohlauerstr. 74, 1. Etage.

Unserm Genossen und Sangesbruder

Herrmann Berner

zu seinem heutigen Wiegenfeste

ein donnerndes Lebehoch

von seinen Freunden

K. H. T. J. J. P. M. L. Sch.

Ein 9999 mal donnerndes Lebehoch

unserm geehrten Freunde und Genossen dem Cigarrenmacher

Herrmann Berner

zu seinem am 6. d. M. stattfindenden Geburtstage

A. Schubert. H. Weber. A. Löffler.

Herzberg's Hosen.

Herzberg's Hosen die sein schiene,
Die man blau kaft, werd'n nie griene'
Herzberg's Rocke, sune Pracht!
Daß een n nolich's Herze lacht!
Seine Westen sein de Besten,
Und erst gar de Paletot
Balde grien und balde blod!
Halten de Farbe viele Jahre,
Gieh'n nie aus i Gott bewahre.
Dadrum gieh bei Herzberg nei
Gieh durt niemals nisch vurbei!
Ob de Geld hast, ob de keens,
Daß is Alles ihm ganz eens;
Denn berappen mußte doch,
Sunst steckt a disch iens Loch.
Pumpen thut a, daß is wahr,
Aberst lieber ihs em baar!

Größtes Lager von Herren u. Knaben Garderobe
Bestellungen nach Maaß in deutschen und englischen Stoffen.

M. Herzberg jun.

Neue Schweidnitzerstraße 14. Ecke Gartenstraße

Verantwortlich: für den politischen Teil: Fritz Kunert, Wilhelmstraße 1. — Für den lokalen und provinziellen Teil: Karl Thiel, Wallstraße 14c III. Für den Inseratenteil: E. Jahn. — Expedition Weißgerbergasse 64. — Verlag von E. Schütz. — Rotationsdruck von Th. Schatzky, — sämmtlich in Breslau.